

VERORDNUNGSBLATT

für Groß-Berlin

Herausgegeben vom
Magistrat von Groß-Berlin



4. Jahrgang / Nr. 23
Ausgabetag 9. Juni 1948

Inhalt

I. Gesetze, Befehle, Verordnungen, Anordnungen

Tag	Alliierte Behörden	Seite	Tag	Seite
3. 6. 1948	Befehl des Chefs der Garnison der Sowjetarmee und Militärkommandanten der Stadt Berlin Nr. 20, Verbesserung der rechtlichen und materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten in den Industrie- und Transportbetrieben von Berlin	307		
	Magistrat			
	Ernährung			
2. 6. 1948	Verordnung über die Ablieferung von Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen zur Schlachtung und von tierischen Produkten im amerikanischen und im britischen Sektor von Berlin			308
	Magistrat			
	Preisamt			
26. 5. 1948	Anordnung über Höchststrichpreise für elektrische Haushaltsgeräte			309

II. Amtliche Bekanntmachungen

Tag	Magistrat	Seite	Tag	Seite
	Finanzwesen			
21. 5. 1948	Öffentliche Aufforderung zur Abgabe von Steuererklärungen	309		
	Banken und Versicherungen			
26. 5. 1948	Bekanntmachung über Untersagung des Geschäftsbetriebes eines Versicherungsvereins	309		
	Arbeit			
24. 5. 1948	Bekanntmachung über die Durchführung des Arbeitsplatzwechsels auf Grund der Bestimmungen des Kontrollratsbefehls Nr. 3	310		
25. 5. 1948	Berichtigung zu den Richtlinien für den Arbeitsschutz der Frau im Bau- und Bauneben-gewerbe	310		
	Preisamt			
26. 5. 1948	Bekanntmachung über Preise für elektrische Haushaltsgeräte. Änderung von Höchststrichpreisen im Informationsblatt Nr. 1 vom 17. Februar 1948	310		
	Polizei			
14. 5. 1948	Bekanntmachung über Ausbruch der Geflügelcholera	310		
18. 5. 1948	Bekanntmachung über Erlöschen der Räude	311		
22. 5. 1948	Bekanntmachung über Erteilung einer Erlaubnis zum Betrieb des Totalisators	311		
	Bezirksämter			
22. 5. 1948	Bekanntmachung des Bezirksamts Treptow über Bestätigung eines Schiedsmann-Stellvertreters	311		
	Justizbehörden			
	Bekanntmachungen der Gerichte	311		

III. Bekanntmachungen der Wirtschaft 318

I. Gesetze, Befehle, Verordnungen, Anordnungen

Alliierte Behörden

BEFEHL

des Chefs der Garnison der Sowjetarmee und Militärkommandanten der Stadt Berlin Nr. 20

Betritt: Verbesserung der rechtlichen und materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten in den Industrie- und Transportbetrieben von Berlin

In der sowjetischen Besatzungszone sind in den drei Jahren seit dem Zusammenbruch des vollstendlichen Regimes des aggressiven Hitlerdeutschlands wichtige Maßnahmen zur Sicherung der gesetzlichen Rechte der Arbeiter und Angestellten durchgeführt worden.

Der achtstündige Arbeitstag und gleicher Lohn für gleiche Arbeit wurden eingeführt. Es wurde bezahlter Urlaub für Arbeiter und Angestellte wieder festgesetzt und erweitert. Das Recht der Werktätigen, sich frei in Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen zu vereinigen wurde wiederhergestellt. Die im Interesse der Unternehmer von den Faschisten eingeführten einseitigen Tarifordnungen wurden abgeschafft, und es wurden wieder neue Tarifverträge zwischen Arbeitern und Unternehmern abgeschlossen. Es wurde eine einheitliche demokratische Sozialversicherung eingeführt. Alle Anordnungen und Befehle des Hitlerregimes über die Betriebsordnungen, über Geldstrafen und andere Strafmaßnahmen gegen Arbeiter wurden aufgehoben.

Die von der Deutschen Hauptverwaltung für Arbeit und Sozialversorgung und von den Gewerkschaften ausgearbeiteten „Neuen Betriebsordnungen“, die normale Arbeitsbedingungen in den Betrieben gewährleisten und einen energischen Kampf vorsehen gegen Bummel und Leute, die die Produktion desorganisieren, wurden gebilligt und in allen Betrieben, Fabriken, Bergwerken und bei den Eisenbahnen eingeführt.

In den Betrieben arbeiten demokratisch gewählte Betriebsräte, und es ist das Recht der Arbeiter und Angestellten auf Teilnahme bei der Lösung von Fragen die die Arbeit des Betriebes oder das Recht auf die erforderliche Kontrolle betreffen gewährleistet.

Durch den Befehl Nr. 234 der SMV vom 9. Oktober 1947 wurden die Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsschutzes verstärkt. Für jugendliche Arbeiter wurde eine verkürzte Arbeitswoche eingeführt und andere Maßnahmen hinsichtlich des Arbeitsschutzes und der Ausbildung der Jugendlichen getroffen. Es wurde kostenlose ärztliche Betreuung der Arbeiter und Angestellten eingeführt. In den Betrieben der führenden Zweige von Industrie und Transport wurde die Ausgabe einer zusätzlichen warmen Mahlzeit organisiert, und die bevorzugte Versorgung der Arbeiter und Angestellten der führenden Betriebe mit Industriewaren wurde sichergestellt. Es wurden auch andere wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten in den Industrie- und Transportbetrieben der sowjetischen Besatzungszone ergriffen.

In der sowjetischen Besatzungszone wurden die Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung auf dem Gebiete der Arbeitserziehung und der Rechte der Arbeiter und Angestellten nicht nur wiederhergestellt, sondern auch in einem Maße erweitert, wie dies noch nie in der Geschichte Deutschlands der Fall war.

Gleichzeitig gingen die Banken, die Betriebe der Konzerne, Truste und der anderen Monopole sowie die Betriebe der ehemaligen aktiven Nazis und der Militärlisten in der sowjetischen Besatzungszone in das Eigentum des Volkes über. Zur Demokratisierung und Säuberung des Verwaltungsapparates von ehemaligen aktiven Nazis, Militärlisten und Kriegsverbrechern wurde große Arbeit geleistet. Die Schlüsselpositionen in der Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands befinden sich heute in den Händen des Volkes. Infolgedessen gibt es in der sowjetischen Besatzungszone keine Arbeitslosigkeit. Im Gegenteil, es besteht ein Mangel an Arbeitskräften. In den fortschrittlichen Schichten des Volkes begann ein Arbeitsschwung, der zur beschleunigten Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone führt.

Anders ist die Lage in Berlin, besonders in seinen westlichen Sektoren. Schon im Oktober 1947 legte der sowjetische Vertreter der Alliierten Kommandantur 14 Vorschläge zur Verbesserung der materiellen und rechtlichen Lage der Arbeiter und Angestellten in den Industrie- und Transportbetrieben Berlins zur Prüfung vor. Die wichtigsten dieser Vorschläge wurden leider von der Kommandantur nicht angenommen, obwohl die sowjetischen Vertreter darauf bestanden.

Man kann es indessen nicht als gerecht betrachten, wenn die Arbeiter und Angestellten in der Hauptstadt von Deutschland, in Berlin, das in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands liegt, unter schlechteren materiellen und rechtlichen Bedingungen leben als die Arbeiter und Angestellten in der sowjetischen Besatzungszone.

Geleitet von den Beschlüssen des Kontrollrats in Deutschland über Fragen der Arbeit und der Arbeitskräfte und um den Wünschen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie den berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten in den Industrie- und Transportbetrieben Berlins entgegenzukommen,

befehle ich:

1. Ab 1. Juli 1948 ist in allen Betrieben und Behörden des sowjetischen Sektors von Berlin für Frauen und Jugendliche als obligatorisch das demokratische Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit in derselben Höhe wie für erwachsene Männer einzuführen. Die betreffenden Bestimmungen der deutschen Gesetze und Tarifordnungen, die diesem Prinzip widersprechen, sind außer Kraft zu setzen.

2. Die Behörden für Arbeitsfragen werden beauftragt, auf Grund von Beratungen mit der Berliner Leitung des FDGB Vorschläge zur Erhöhung des Arbeitslohns der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben des sowjetischen Sektors von Berlin um 15 bis 20 Prozent über den Stand vom Mai 1945 hinaus auszuarbeiten und die Abteilung für Arbeitsfragen in der Sowjetischen Militärkommandantur bis zum 25. Juni dieses Jahres zur Genehmigung vorzulegen.

3. Die Behörden für Arbeitsfragen werden beauftragt, zusammen mit der Berliner Leitung des FDGB unverzüglich die Ausarbeitung und den Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern dort, wo solche bisher noch nicht abgeschlossen worden sind, in Angriff zu nehmen. Der Abteilung für Arbeitsfragen in der Sowjetischen Militärkommandantur von Berlin obliegt es, die wichtigsten Bestimmungen der Entwürfe für die Kollektivverträge für die einzelnen Industriezweige zu prüfen und zu genehmigen.

4. Die Arbeitgeber werden verpflichtet, innerhalb eines Monats dort, wo das noch nicht geschehen ist, mit den Betriebsräten Betriebsvereinbarungen abzuschließen.

5. Die Abteilung für Arbeitsfragen bei der Sowjetischen Militärkommandantur arbeitet bis zum 1. Juli d. J. gemeinsam mit den Behörden für Arbeitsfragen und den Gewerkschaften Richtlinien über die Zahlung von Arbeitslosenunterstützungen aus.

6. Die vom FDGB-Vorstand und der Abteilung für Arbeit beim Magistrat vorgelegte Instruktion über Arbeitsschutz und Unfallverhütung wird in den Betrieben in Kraft gesetzt, ebenso die vom Berliner Stadtparlament einstimmig angenommene vorläufige Verfügung über den Jugendarbeitsschutz.

7. In den Behörden und Betrieben des sowjetischen Sektors wird die zur Hitlerzeit eingeführte Betriebs-Arbeitsordnung, die die Würde der Arbeiter und Angestellten verletzt, außer Kraft gesetzt. Die vom FDGB-Vorstand und der Abteilung für Arbeit beim Magistrat ausgearbeitete neue Betriebsordnung wird bestätigt und tritt in allen Betrieben, Fabriken, Transportunternehmen und Behörden in Kraft.

8. In den Betrieben und Behörden wird für Jugendliche bis zu 16 Jahren eine Arbeitswoche von 42 Stunden und für Jugendliche von 16 bis 18 Jahren eine Arbeitswoche von 45 Stunden festgesetzt.

9. Die Arbeitgeber werden verpflichtet, den Frauen, die einen selbständigen Haushalt führen, jeden Monat zusätzlich einen bezahlten arbeitsfreien Tag zu gewähren.

10. Zum 1. November ist in den Betrieben der wichtigsten Industriezweige sowie der Kommunalwirtschaft und des Transportwesens im sowjetischen Sektor Berlins die Anzahl der Arbeiter und Angestellten, die zusätzlich zu den auf ihre Lebensmittelpasskarten festgesetzten Grundrationen warme Mahlzeiten bekommen, von gegenwärtig 88 000 Personen auf 150 000 Personen zu erhöhen.

11. Für die Arbeiter und Angestellten der wichtigsten Betriebe des sowjetischen Sektors von Berlin wird eine bevorzugte Versorgung mit Industriewaren festgesetzt, nach Richtlinien, die vom Stab der Sowjetischen Kommandantur von Berlin erlassen werden.

12. Die Bezirksämter des sowjetischen Sektors von Berlin werden verpflichtet, die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse der Arbeiter und Angestellten zu treffen. Bis zum 1. Oktober dieses Jahres sind die Arbeiter und Angestellten, die in Kellern und Räumen wohnen, in bessere Wohnungen zu übersiedeln. Gleichzeitig ist ein Plan zur Wiederherstellung und Instandsetzung von Wohnraum speziell für Arbeiter und Angestellte auszuarbeiten und den Bezirkskommandanten spätestens am 1. Juli vorzulegen.

13. Die Bezirksämter werden verpflichtet, die ärztliche Betreuung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben zu verbessern. In Betrieben mit 200 und mehr Arbeitern sowie Unternehmen mit gefährlichen oder schädlichen Arbeitsprozessen auch wenn sie weniger Arbeiter beschäftigen, sind Sanitätsstationen einzurichten und diese mit dem notwendigen Verbandmaterial und mit Medikamenten zu versorgen. Die Zuweisung der hierzu benötigten Räumlichkeiten, die Auslagen für den Unterhalt der Sanitätsstationen und der Erwerb der Möbel obliegen den Betrieben, die Entlohnung des medizinischen Personals und der Erwerb der medizinischen Einrichtungen und Medikamente den Sozialversicherungsorganen.

Die Abteilung für Gesundheitswesen bei der Sowjetischen Kommandantur von Berlin arbeitet gemeinsam mit den Gesundheitsämtern und Gewerkschaften bis zum 1. Juli Richtlinien zur Verbesserung der ärztlichen Betreuung der Arbeiter und Angestellten im sowjetischen Sektor von Berlin aus und veröffentlicht sie zur allgemeinen Kenntnisnahme.

14. Die Verantwortung für die Durchführung dieses Befehls liegt bei den Bezirksbürgermeistern des sowjetischen Sektors von Berlin.

15. Die Kontrolle der Durchführung dieses Befehls obliegt meinem Stellvertreter für Wirtschaftsfragen, dem Chef der Abteilung für Arbeitsfragen bei der Sowjetischen Militärkommandantur und den Bezirkskommandanten des sowjetischen Sektors von Berlin.

Berlin, den 3. Juni 1948.

Der Chef der Garnison der Sowjetarmee und Militärkommandant von Berlin
Generalmajor A. Kotikow

Der Chef des Stabes der Verwaltung des Militärkommandanten von Berlin
Garde Oberstleutnant A. Morosow

Magistrat

Ernährung

Verordnung

über die Ablieferung von Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen zur Schlachtung und von tierischen Produkten im amerikanischen und im britischen Sektor von Berlin

Auf Grund der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 27. August 1939 (RGBl. I Seite 1521) wird folgende Verordnung erlassen:

§ 1

Landwirtschaftliche, gewerbliche und private Viehhaltungsbetriebe des amerikanischen und des britischen Sektors von Berlin unterliegen der Pflicht zur Ablieferung, welche an die vom Magistrat von Groß-Berlin festgesetzten Erfassungstellen zu erfolgen hat, zu den von der Preisprüfstelle festgesetzten oder noch festzusetzenden Preisen.

§ 2

Ablieferung von Rindvieh, Schafen und Ziegen zur Schlachtung

1. Halter von Rindvieh, Schafen und Ziegen sind verpflichtet, die Tiere, welche sie zu verkaufen wünschen oder über die anderweitig verfügt werden muß, an die Erfassungstellen abzuliefern.

2. Außer denjenigen Tieren, welche die Halter im regelrechten Geschäftsbetrieb ihrer Unternehmen abzuliefern wünschen, müssen Tiere zur Schlachtung abgeliefert werden, für welche nicht genügend Futter vorhanden ist oder welche nicht ausreichend zur Zucht und zu anderen Zwecken geeignet sind.

§ 2 a

Ablieferung von Schweinen zur Schlachtung

1. Halter von Schweinen sind verpflichtet, die Schweine, welche sie zu verkaufen wünschen oder über die anderweitig verfügt werden muß, an die Erfassungstellen abzuliefern. Schweine, die nicht als Zuchttiere registriert sind, müssen abgeliefert werden, wenn sie 100 kg wiegen oder ein Alter von 12 Monaten ohne Rücksicht auf ihr Lebendgewicht erreicht haben. Die Zahl der für den amerikanischen bzw. britischen Sektor zugelassenen Zucht-sauen und Eber wird vom Magistrat festgesetzt.

2. Im Falle der Ablieferung von Schweinen zur Schlachtung mit einem Mindestgewicht von 100 kg je Stück sind 10 Prozent des als gut befundenen Schlachtgewichtes an den Tierhalter zu seiner freien Verfügung zurückzugeben.

§ 3

Ablieferung von Milch

1. Die Zwangsablieferung von Milch von kuhhaltenden landwirtschaftlichen Unternehmen beträgt 1200 Liter Vollmilch mit einem Fettgehalt von mindestens 3 Prozent je Kopf und je Jahr der gehaltenen Milchkühe. Landwirtschaftliche Unternehmen sind Betriebe, die in der Lage sind, das gesamte oder so gut wie das gesamte erforderliche Futter zur Unterhaltung ihres Rindviehbestandes zu erzeugen.

2. Alle übrigen kuhhaltenden Betriebe ohne Rücksicht auf die Größe der bebauten produktiven Fläche sind gehalten, 1600 Liter Vollmilch je Kuh und je Jahr mit einem Fettgehalt von mindestens 3 Prozent abzuliefern.

3. Wenn die Milch weniger als 3 Prozent Fett enthält, ist das Ablieferungs-soll entsprechend zu erhöhen.

4. Die kuhhaltenden Betriebe sind von den Bezirksämtern für die Ablieferung der monatlichen Milchmengen entsprechend ihrem verfügbaren Kuhbestand einzuschätzen. Das Veranlagungsverfahren wird vom Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung für Ernährung, überwacht.

§ 4

Ablieferung von Eiern

1. Geflügelhalter mit mehr als zwei Hennen je Kopf der Haushaltsmitglieder sind verpflichtet, 40 Eier je Jahr für jede Henne des darüber hinausgehenden Bestandes abzuliefern.

2. Haushaltsmitglieder sind nur solche Personen, welche dauernd zu dem Haushalt gehören, daher nicht solche Personen, die nur zeitweilig anwesend sind.

3. Die Zwangsablieferung von Eiern von Hühnerfarmen beträgt 80 Prozent der gesamten Eierproduktion. Die Ablieferung hat laufend und im Verhältnis der anfallenden Produktion zu erfolgen.

4. Hühnerfarmbetriebe im Sinne dieser Anordnung sind Herdbuchzüchter, Vermehrungszüchter, Brutelerbetriebe oder solche Erwerbsbetriebe, die ausschließlich und vorwiegend sich der Hühnerzucht widmen.

5. Bruterei, die zur eigenen Hühnerzucht, zur Ablieferung und zum Verkauf für Brutzwecke und andere im Interesse der öffentlichen Gesundheit für notwendig erachtete Zwecke verwendet werden, werden auf die Zwangsablieferung angerechnet, soweit die Betriebe ihre Geschäfte im Einvernehmen oder durch Verfügung des Magistrats von Groß-Berlin, Abteilung für Ernährung, durchführen.

6. Hühnerhalter werden von den Bezirksämtern auf Grund des Geflügelbestandes eingeschätzt, der an jedem von dem Magistrat in jedem Jahr festgesetzten Stichtag vorhanden ist.

§ 5

Ablieferung von Geflügel zur Schlachtung

Hühnerfarmen und gewerbliche Unternehmern, welche Geflügel halten, sind verpflichtet, 90 Prozent des anfallenden Hühnerschlachtgefüglens abzuliefern.

§ 6

Klinken, Schulen, Kinderheime, Invalidenheime, Krüppelheime, Altersheime und ähnliche Anstalten sind verpflichtet, den Erfassungsstellen nur den Überschuß an Fleisch, Milch und Eiern abzuliefern. Der Überschuß wird auf Grund besonderer Berechnungen festgesetzt, die von den Bezirksämtern auf Basis der im Einklang mit den Rationssätzen der Insassen festgesetzten Mengen vorgenommen werden. Soweit es sich um Milch und Eier handelt, sind die im Einklang mit den Rationssätzen festgesetzten Mengen um 50 Prozent zu erhöhen, um die Versorgung der Insassen oder Angehörigen dieser Anstalten zu verbessern, worauf der Überschuß erneut zu errechnen ist. Die Berechnung des Überschusses unterliegt der Genehmigung des Magistrats von Groß-Berlin, Abteilung für Ernährung.

§ 7

Hauschlachtungen von Rindvieh, Schweinen, Schafen und Ziegen unterliegen einer besonderen Genehmigung. Besondere Vorschriften werden von dem Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung für Ernährung, herausgegeben werden.

§ 8

Die Verwendung von Schweinen, Rindern, Pferden, Schafen, Ziegen, Geflügel aller Altersklassen und von tierischen Produkten zu Tauschzwecken muß von den Bezirksämtern genehmigt werden. Geschenke, die sich auf die genannten Tiere oder deren Erzeugnisse erstrecken, sind streng verboten, mit Ausnahme von Eiern, Milch und Schweinefleisch in Fällen, in denen das Ablieferungsoll erfüllt worden ist und im Fall von Hauschlachtungen.

§ 9

Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung werden vom Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung für Ernährung, erlassen werden.

§ 10

Verstöße gegen diese Verordnung und die dazu zu erlassenden Ausführungsbestimmungen werden gemäß den Strafbestimmungen der bestehenden Gesetze oder Verordnungen strafrechtlich verfolgt.

§ 11

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Verordnungsblatt in Kraft.

Berlin, den 2. Juni 1948.

Magistrat von Groß-Berlin
Der Oberbürgermeister
I. V.
Dr. Friedensburg

Preisamt**Höchststrichpreise für elektrische Haushaltsgeräte**

Informationsblatt Nr. 1

(Verordnungsblatt 1948 S. 143)

Die den Betrieben der Elektroindustrie und des Elektrohandwerks bisher erteilten Ausnahmegenehmigungen für elektrische Haushaltsgeräte verlieren mit Wirkung vom 30. Juni 1948 ihre Gültigkeit.

Die Betriebe werden aufgefordert, bis spätestens zehn Tage vor Ablauf der Frist Preisänderungsanträge in einfacher Ausfertigung dem Preisamt einzureichen.

Berlin, den 26. Mai 1948.

Magistrat von Groß-Berlin
Preisamt
Illmer

II. Amtliche Bekanntmachungen

Magistrat

Finanzwesen**Öffentliche Aufforderung zur Abgabe von Steuererklärungen**

Die Erklärungen für die Einkommensteuer, die einheitliche oder gesonderte Feststellung von Einkünften, die Körperschaftsteuer, die Umsatzsteuer und die Gewerbesteuer für das Kalenderjahr 1947 sind im Gebiet von Groß-Berlin in der Zeit vom 10. Juni bis zum 30. Juni 1948 abzugeben.

Zur Abgabe der Erklärungen sind die amtlichen Vordrucke zu benutzen. Den Steuerpflichtigen die zur Abgabe einer Erklärung verpflichtet sind, wird vom Finanzamt in der Regel ein Vordruck zugesandt. Die durch die Steuergesetze begründete Verpflichtung, eine Erklärung abzugeben bleibt aber bestehen, auch wenn ein Vordruck nicht übersandt wird. Deshalb haben die Steuerpflichtigen nötigenfalls den Vordruck vor Ablauf der Erklärungsfrist vom Finanzamt anzufordern. Ein Doppel des Vordrucks kann wegen Papierknappheit nicht verfertigt werden.

Zur Abgabe von Erklärungen sind — abgesehen von den Steuerpflichtigen, die hierzu durch Übersendung von Erklärungs-vordrucken besonders aufgefordert werden — verpflichtet:

A. Einkommensteuererklärung

1. Natürliche Personen, die in Groß-Berlin ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, hinsichtlich ihres gesamten Einkommens wenn entweder

- ihre Einkommen, von dem nicht der Steuerabzug vom Arbeitslohn vorgenommen worden ist und das auch nicht nach der VO über die Aufstellung von Durchschnittssätzen für die Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft vom 31. Dezember 1936 berechnet wird, 600 RM überstiegen hat oder wenn
- ihre Einkommen ganz oder teilweise aus nichtselbständiger Arbeit, von dem der Steuerabzug vorgenommen worden ist, bestanden und mindestens 24 000 RM betragen hat.

2. Natürliche Personen, die in Deutschland weder ihren Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, aber inländische Einkünfte vorwiegend aus Groß-Berlin erzielen, hinsichtlich ihres in Deutschland bezogenen Einkommens, wenn dieses Einkommen nach Abzug der Einkünfte, von denen ein Steuerabzug vorgenommen worden ist oder die nach der VO über die Aufstellung von Durchschnittssätzen für die Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft vom 31. Dezember 1936 berechnet werden, 600 RM überstiegen hat.

3. Natürliche Personen, die im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben und Einkünfte in Groß-Berlin bezogen haben, wenn für ihr Gesamteinkommen die Voraussetzungen der Ziffer 1 erfüllt sind. In der Steuererklärung ist das in und außerhalb von Groß-Berlin erzielte Einkommen anzugeben.

B. Erklärung für die einheitliche oder gesonderte Feststellung der Einkünfte

1. Personengesellschaften und Gemeinschaften, deren Geschäftsleitung sich in Groß-Berlin befindet oder die vorwiegend von Groß-Berlin aus tätig werden, hinsichtlich der von ihnen erzielten Einkünfte ohne Rücksicht auf die Höhe derselben.

2. Gewerbliche Einzelunternehmer, die ihren Betrieb (die Geschäftsleitung des Betriebes) in Groß-Berlin, ihre Wohnung aber in einer anderen Gemeinde haben, hinsichtlich der von ihnen erzielten gewerblichen Einkünfte ohne Rücksicht auf die Höhe derselben.

C. Körperschaftsteuererklärung

1. Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die in Groß-Berlin ihre Geschäftsleitung haben, hinsichtlich ihres gesamten Einkommens.

2. Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die ihre Geschäftsleitung nicht in Deutschland haben, aber inländische Einkünfte vorwiegend in Groß-Berlin beziehen, hinsichtlich ihrer in Deutschland bezogenen Einkünfte.

3. Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, deren Geschäftsleitung sich in der sowjetischen Besatzungszone befindet und die Einkünfte in Groß-Berlin bezogen haben. In der Steuererklärung ist das in und außerhalb von Groß-Berlin erzielte Einkommen anzugeben.

D. Umsatzsteuererklärung

Jeder Unternehmer, der in Groß-Berlin oder von Groß-Berlin aus eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit selbständig ausübt.

Die Pflicht zur Abgabe einer Erklärung entfällt, wenn die Steuer für das Kalenderjahr 1947 nicht mehr als 20 RM beträgt oder — bei steuerfreien Umsätzen — betragen würde.

E. Gewerbesteuererklärung

Alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen ohne Rücksicht auf die Höhe des Gewerbeertrages oder Gewerkekapitals.

a) deren Sitz oder Geschäftsleitung sich in Groß-Berlin befindet oder b) deren Sitz oder Geschäftsleitung sich in der Ostzone befindet, die aber in Groß-Berlin Betriebsstätten unterhalten.

In der Steuererklärung ist der in und außerhalb von Groß-Berlin erzielte Gewerbeertrag und das entsprechende Gewerkekapital anzugeben.

Bei Zweifeln insbesondere auch darüber, welchem der Berliner Finanzämter die Erklärung abzugeben ist, erteilen diese Auskunft.

Berlin, den 21. Mai 1948.

LFA — St 1 1
S 2209 — 6/48 Ek

Magistrat von Groß-Berlin
Finanzabteilung
Landesfinanzamt Groß-Berlin
Weltzien

Banken und Versicherungen**Untersagung des Geschäftsbetriebes eines Versicherungsvereins**

Gemäß § 93 Ziff. 7 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen in der Fassung vom 6. Juni 1931 (RGBl. I, S. 315) in Verbindung mit der Anordnung der Alliierten Kommandantur BK/O (47) 17 vom 23. Januar 1947 (VOBl. 1947, S. 19) wird hiermit veröffentlicht:

Der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenen-Pensionskasse für das deutsche Schneidergewerbe, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Berlin-Neutempelhof, wird hiermit nach §§ 87 und 95 a des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I, S. 315 ff.) der Geschäftsbetrieb untersagt.

Die Untersagung hat die Wirkung eines Auflösungsbeschlusses. Zum Vermögensverwalter der Kasse wird deren bisherige Sonderbeauftragte, Frau Maria Harman, Berlin-Neutempelhof, Werner-Voß-Damm 36, bestellt.

Die Kasse hat die seit der Kapitulation fällig gewordenen Rentenzahlungen nicht leisten können und ist auch für die Zukunft dazu nicht mehr in der Lage. Eine Übertragung des Versicherungsbestandes auf ein anderes Versicherungsunternehmen ist unmöglich.

Bei diesem Tatbestand ergab sich die Notwendigkeit, der Kasse die Fortführung des Geschäftsbetriebes zu untersagen.

Berlin, den 26. Mai 1948.

Magistrat von Groß-Berlin
Abteilung Banken und Versicherungen
Aufsichtsamt für das Versicherungswesen
Gerhard Gießen

Arbeit

Bekanntmachung

über die Durchführung des Arbeitsplatzwechsels auf Grund der Bestimmungen des Kontrollratsbefehls Nr. 3

Das in der Bekanntmachung vom 3. Juni 1946 (VOBl. 1946, S. 191) festgelegte Verfahren der Mitwirkung der Arbeitsämter beim Arbeitsplatzwechsel wird mit dem Ziel der Vereinfachung wie folgt neu geregelt:

- I.
 1. Die nach dem Kontrollratsbefehl Nr. 3 zur Lösung eines Arbeitsverhältnisses seitens des Arbeitgebers erforderliche Erlaubnis gilt als erteilt, wenn das Arbeitsamt der Lösung des Arbeitsverhältnisses binnen 14 Arbeitstagen nicht widerspricht.
 2. Die Frist von 14 Arbeitstagen beginnt mit dem Tage des Empfangs der Kündigungserklärung durch den Vertragspartner, demgegenüber die Kündigung ausgesprochen worden ist.
 3. Ist der Vertragspartner mit der Lösung des Arbeitsverhältnisses nicht einverstanden, so hat er bei dem für den Betrieb zuständigen Arbeitsamt diesen Widerspruch zu beantragen. Der Antrag ist innerhalb einer Ausschlussfrist von drei Werktagen nach dem Empfang der Kündigungserklärung zu stellen. Es empfiehlt sich, um die Frist zu wahren, den Antrag persönlich bei dem für den Betrieb zuständigen Arbeitsamt abzugeben oder abgeben zu lassen.
 4. Dem Vertragspartner, der einem Widerspruch des Arbeitsamtes gegen die von ihm ausgesprochene Kündigung von vornherein vorbeugen wünscht, wird dringend empfohlen, dem Arbeitsamt innerhalb der gleichen Frist von drei Werktagen eine Gegenerklärung zukommen zu lassen.
 5. Für die Stellung des Antrages soll das in der Anlage veröffentlichte Muster benutzt werden.
 6. Der Widerspruch des Arbeitsamtes ist dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer schriftlich mitzuteilen.

II.

Der Widerspruch des Arbeitsamtes ist nur zulässig:

- a) Bei Kündigungen durch den Arbeitgeber, wenn infolge der Arbeitsmarktlage eine anderweitige Unterbringung des Arbeitnehmers erhebliche Schwierigkeiten bereiten würde. Der Widerspruch kann unterbleiben, wenn dem Arbeitgeber infolge besonderer Verhältnisse seines Betriebes eine Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers nicht länger zumutbar ist.
- b) Bei Kündigungen durch den Arbeitnehmer, wenn dessen Tätigkeit für die Allgemeinheit lebenswichtig oder von großer Bedeutung für den Wiederaufbau der Wirtschaft ist. Das Arbeitsamt kann jedoch keinen Widerspruch erheben, wenn der Arbeitnehmer eine Beschäftigung in einem Betrieb gleicher oder höherer Dringlichkeitsstufe übernehmen will oder wenn der Gerechtigkeitsfall die Lösung des Arbeitsverhältnisses im Interesse des Arbeitnehmers gebietet.

III.

Das Arbeitsamt kann unter den in II genannten Voraussetzungen auch der durch fristlose Kündigung erfolgenden Lösung des Arbeitsverhältnisses widersprechen. Der Widerspruch gilt jedoch als nicht erfolgt, wenn die fristlose Kündigung durch arbeitsgerichtliche rechtskräftige Entscheidung als berechtigt anerkannt wird.

IV.

Kein Widerspruch des Arbeitsamtes ist zulässig gegen die terminliche Beendigung eines Probe- oder Aushilfs- oder für bestimmte Zeit eingegangenen Arbeitsverhältnisses.

V.

Auf Arbeitsverhältnisse, die durch Arbeitseinweisung gemäß Verordnung vom 17. Dezember 1945 (VOBl. 17/1945, S. 180) begründet worden sind, findet diese Bekanntmachung keine Anwendung. Die Lösung solcher Arbeitsverhältnisse erfolgt gemäß den Bestimmungen des § 4 der Verordnung vom 17. Dezember 1945.

VI.

Diese Bekanntmachung findet keine Anwendung auf die Lösung der Arbeitsverhältnisse Schwerbeschädigter. Deren Entlassung und die Einholung der Zustimmung der Hauptabteilung Berufsfürsorge für Schwerbeschädigte bei der Versicherungsanstalt Berlin richtet sich nach den Vorschriften der Anordnung der Alliierten Kommandantur vom 20. Dezember 1945 (VOBl. 2/1946, S. 6) insbesondere nach § 7 und der hierzu ergangenen Ausführungsbestimmungen (VOBl. 3/1946, S. 17) insbesondere nach § 3.

VII.

1. Bei Massenentlassungen ist das Arbeitsamt an Anträge und Fristen gemäß I nicht gebunden.
2. Als Massenentlassungen, die gemäß § 17 des Kontrollratsbefehls Nr. 3 im voraus mitzuteilen sind, betrachtet die Abteilung für Arbeit Entlassungen von mehr als 5 in Betrieben mit in der Regel weniger als 50 Beschäftigten oder von mehr als 10 % oder 20 Beschäftigten in größeren Betrieben innerhalb von vier Wochen.

VIII.

Unabhängig von den in dieser Bekanntmachung vorgesehenen Anträgen müssen Arbeitgeber nach § 17 des Kontrollratsbefehls Nr. 3 dem für den Betrieb zuständigen Arbeitsamt alle Entlassungen am gleichen Tage, an dem sie stattfinden, d. h. am Tage des tatsächlichen Ausscheidens des Arbeitnehmers mitteilen, andernfalls sie eine Strafanzeige zu gewärtigen haben.

IX.

Gegen den Bescheid des Arbeitsamtes, der einen Widerspruch gegen die Lösung eines Arbeitsverhältnisses enthält, ist binnen sechs Werktagen die Beschwerde an den Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung für Arbeit, gegeben.

X.

Diese Bekanntmachung ersetzt die Bekanntmachung vom 3. Juni 1946 (VOBl. Nr. 24 vom 3. Juni 1946, S. 191).

Berlin, den 24. Mai 1948.

Magistrat von Groß-Berlin
Abteilung für Arbeit
Wald Schmidt

Anlage

Antrag

des Arbeitnehmers — Arbeitgebers —, der Lösung des Arbeitsverhältnisses zu widersprechen.

(Vor dem Ausfüllen bitte den Text auf der Rückseite genau beachten.)

Name des Arbeitnehmers: geb. am:
Wohnung: Arbeitsamt des Wohnbezirkes:
Arbeitsbuch-Nr.: Ziffer der Berufsgruppe:
Berufsart:
zuletzt beschäftigt als: seit:
Firma bzw. Name des Arbeitgebers: Art des Betriebes:
Anschrift: Telefon:

Das Arbeitsverhältnis ist vom Arbeitgeber — Arbeitnehmer — am 194... zum 194... gekündigt worden.

Als Kündigungsgrund wurde angegeben:
Ich bitte das Arbeitsamt, der Lösung des Arbeitsverhältnisses zu widersprechen, da ich mit ihr aus folgenden Gründen nicht einverstanden bin.

Gründe:
Ich habe dem Arbeitgeber — Arbeitnehmer — Kenntnis davon gegeben, daß ich diesen Antrag stelle und ihm eine Gegenerklärung zu meinem Antrag anbeimgestellt.

Berlin, den 194...

(Unterschrift des Antragstellers)

Text der Bekanntmachung siehe Rückseite!

Arbeitsschutz der Frau im Bau- und Baunebengewerbe

Die Richtlinien für den Arbeitsschutz der Frau im Bau- und Baunebengewerbe vom 12. März 1948 (VOBl. 1948 S. 252) werden wie folgt berichtigt:
Im § 4 Abs. 2 muß es heißen: Arbeiterinnen dürfen mit Arbeiten beschäftigt werden, die keine langandauernde große körperliche Anstrengung erfordern oder die nicht wegen ungünstiger Körperhaltung oder einseitiger Körperbeanspruchung für den weiblichen Körper unzutreffend sind.
Im § 10 muß der letzte Satz lauten: Eine Molding ist nicht erforderlich, wenn die Arbeiterinnen lediglich mit dem Zureichen und Abnehmen der Werkstücke beschäftigt werden.

Berlin, den 25. Mai 1948.

Magistrat von Groß-Berlin
Abteilung für Arbeit
Wald Schmidt

Preisamt

Preise für elektrische Haushaltsgeräte

Informationsblatt Nr. 1 vom 17. Februar 1948
(VOBl. Berlin 1946 S. 143)

Höchste Richtpreisänderungen

	Höchste Richtpreis RM je Stück
Pos. 2 Elektrische Wärmepfannen Preisklasse I Leistungsaufnahme bis 700 Watt Ausführung: geschlossen mit gußeiserner Platte Guß- oder Blechgehäuse unregulierbar. Preisklasse II Leistungsaufnahme bis 700 Watt Ausführung: offen, Blech- oder Gußgehäuse, auch mit Abdeckblech unregulierbar.	30,—
Pos. 3 Elektrische Kochplatten Preisklasse II Leistungsaufnahme bis 1200 Watt Ausführung: offen, Guß- oder Blechgehäuse, auch mit Abdeckblech regulierbar.	35,—
Pos. 11 Elektrische Getränkewärmer Preisklasse I Leistungsaufnahme bis 500 Watt Ausführung: Stabform vernickelt oder verchromt mit Anschlußschnur, komplett.	15,—
Pos. 12 Elektrischer Feueranzünder Preisklasse I Ausführung: Nur für Wechselstrom, Kleinspannung durch Transformator erzeugt, Metall-Isolierstoff- oder Keramikgehäuse. Preisklasse II Ausführung: Netzspanner durch Widerstand begrenzt, Metall- oder Isolierstoffgehäuse.	20,—
Pos. 13 Ist zu streichen, da nicht für Inlandsbedarf.	

Berlin, den 26. Mai 1948.

Magistrat von Groß-Berlin
Preisamt
Illmer

Polizei

Ausbruch der Geflügelcholera

Unter dem Geflügelbestande des Herrn Kurt Günther, Berlin-Buckow-West, Waldmeisterdamm 293-295, ist amtstierärztlich Geflügelcholera festgestellt worden. Die Schutzmaßnahmen richten sich nach den Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Viehseuchengesetz vom 7. Dezember 1911 §§ 283-290.

Berlin, den 14. Mai 1948.

Der Polizeipräsident

Erlöschen der Räude

In den Einhofbeständen der nachstehend aufgeführten Pferdehalter ist das Erlöschen der Räude amtlerärztlich festgestellt worden:

1. Gemeindeführwesen, Berlin-Buch;
2. Pietron, Berlin-Buch, Viereckweg;
3. Gundlach, Berlin-Blankenburg, Flieschenstraße 51.

Die Sperzmaßnahmen sind aufgehoben.

Berlin, den 18. Mai 1948.

Der Polizeipräsident

Erlaubnis zum Betriebe des Totalsators

Dem Trabrennverein Mariendorf e. V., Berlin-Mariendorf, Chausseestraße 83-103, habe ich auf Grund § 1 des Renntwetts- und Lotteriegesezes vom 8. April 1922 (RGBl. S. 393) in Verbindung mit Abschnitt A Ziff. 1 Abs. 1 der hierzu ergangenen Ausführungsverordnung vom 21. Juli 1922 (Ministerialblatt der Preuß. Verwaltung für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, S. 509) vorbezüglich jederzeitigen Widerrufs die Erlaubnis zum Betriebe des Totalsators an 32 Renntagen im Kalenderjahr 1948 auf der Trabrennbahn Mariendorf erteilt.

Az. IV/4-3636-X-K-57/48

Berlin, den 22. Mai 1948.

Der Polizeipräsident

Bezirksämter**Bestätigung eines Schiedsmann-Stellvertreters**

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Alliierte Kommandantur ist auf Vorschlag des Bezirksamts Treptow der Verwaltungsangestellte Arthur Schultze, Berlin-Niederschöneweide, Britzer Straße 24 als Schiedsmann-Stellvertreter für den Schiedsmannbezirk Niederschöneweide durch das Präsidium des Landgerichts Berlin bestätigt worden.

Berlin-Treptow, den 22. Mai 1948.

Bezirksamt Treptow von Groß-Berlin
Abteilung für Personal und Verwaltung
Soost

Justizbehörden**Ungültigkeitserklärung eines Personalausweises**

Folgender Personalausweis ist verlorengegangen und wird hiermit für ungültig erklärt:

Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht
Personalausweis Nr. 375 mit Lichtbild
des Staatsanwaltes Georg Heinburg,
Geburtsort: 22. Dezember 1876,
Geburtsort: Trebbin, Kreis Teltow,
Wohnort: Klein-Machnow, Meisenbusch 41.

Sollte ein Personalausweis vorbezeichneten Inhalts vorgefunden werden, so ist dieser einzuziehen und an den Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht — Verwaltung — zu übersenden.

Berlin, den 22. Mai 1948.

Der Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht

I. V. Dr. Neumann

Öffentliche Zustellungen

Der Wirtschaftsprüfer Wilhelm Becker in Berlin-Dahlem, Rheinbaben-Allee 23 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwälte Kurt Arras und Dr. Kurt Leyke, Berlin-Charlottenburg, Bleibtreustraße 15/16 — klagt gegen den Kaufmann Bruno Warweg, früher wohnhaft in Berlin-Friedenau, Handjerystraße 65, wegen Zahlung mit dem Antrage den Beklagten zu verurteilen, an den Kläger 175,70 RM nebst 4% Zinsen seit dem 1. März 1947 zu zahlen, dem Beklagten die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen, das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Amtsgericht Berlin-Charlottenburg auf den 11. September 1948, 9 Uhr, geladen.
Az. 7a. C. 272/48.

Berlin-Charlottenburg, den 20. Mai 1948.

Amtsgericht Charlottenburg

Der Handelsvertreter Georg Baeber, Berlin-Spandau, Recklinghauser Weg 38, Kläger — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwältin Emil Bleicher, Berlin-Spandau, Isertorner Straße 24 — klagt gegen den Herrn Willi Fretzer jun., zuletzt wohnhaft in Berlin-Spandau, Unnaer Straße 29, jetzt unbekanntem Aufenthalts, Beklagter, mit dem Antrage, den Beklagten kostenpflichtig und vorläufig vollstreckbar zu verurteilen, an den Kläger 1600 RM (sechshundert Reichsmark) nebst 4% jährlicher Verzugszinsen seit dem 5. April 1945 zu zahlen. Beklagter wird zur mündlichen Verhandlung auf den 3. September 1948, 10 Uhr, vor das Amtsgericht Berlin-Spandau, Carl-Schurz-Straße 46, Zimmer 13, I. Stock, geladen.
Az. 5. C. 529/48.

Berlin-Spandau, den 21. Mai 1948.

Amtsgericht Spandau

Die Ehefrau Agnes Kirsch, geb. Reichert, in Berlin-Charlottenburg 5, Steffenstraße 6 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Kurt Werner Heim, in Berlin N 20, Behmstraße 19 — klagt gegen ihren Ehemann Constantin Kirsch, Athen (Griechenland), Vieux Phalere Arcos 38, mit dem Antrage, die Ehe aus Allenverschulden des Beklagten zu scheiden.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 9. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Lindentaler Allee 5, Zimmer 13, auf den 8. September 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 9. R. 689/47.

Berlin-Zehlendorf, den 13. Mai 1948.

Landgericht Berlin

Frau Elise Lotte, gen. Lieselotte Müller, geb. Flais, in Berlin-Lichterfelde-Ost, Berliner Straße 157 a — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Otto Grow, Berlin-Lichterfelde, Berliner Straße 51 — klagt gegen den Diamantenschleifer Paul Müller, früher in Berlin-Lichterfelde-Ost, Berliner Straße 157 a, jetzt unbekanntem Aufenthalts, mit dem Antrage auf Ehescheidung.

Der Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 9. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5 Saal 13, auf den 15. September 1948, 10 Uhr, geladen mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 9. R. 693/45.

Berlin-Zehlendorf, den 14. Mai 1948.

Landgericht Berlin

Die Frau Anni Koschewa, geb. Falk, in Berlin W 30, Augsburgers Straße 34 — Prozeßbevollmächtigter: Dr. Reinhold Höken, Berlin W 15, Kurfürstendamm 216 — klagt gegen ihren Ehemann, den Schneider Anton Koschewa, zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, wegen Ehescheidung mit dem Antrage auf Scheidung der Ehe.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 10. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Lindentaler Allee 5, Zimmer 15, auf den 25. September 1948, 11 Uhr, mit der Auf-

forderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 10. R. 125/48.

Berlin-Zehlendorf, den 18. Mai 1948

Landgericht Berlin

Das Furalerwerk Karlshorst Alfred C. Prichtel in Berlin-Karlshorst, Blockdammweg 62-64 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwälte Dr. Kikath und Schulz in Berlin-Charlottenburg, Mommsenstraße 3 — klagt gegen die Holzhandlung Bruno Sabath in Glogau, zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, mit dem Antrage, die Beklagte kostenpflichtig zu verurteilen an die Klägerin 7281,10 RM nebst 4% Zinsen seit dem 1. März 1945 zu zahlen und das Urteil evtl. gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 18. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Veronikasteig 8, Saal 8, auf den 2. Oktober 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 18. O. 418/47.

Berlin-Zehlendorf, den 21. Mai 1948.

Landgericht Berlin

Die Frau Martha Priebe, geb. Schulz, in Berlin-Wannsee, Kyllmannstraße 5 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. jur. Horst Hübert in Berlin-Wannsee, Hohenzollernstraße 10 — klagt gegen den früheren Angestellten Kurt Priebe, zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, mit dem Antrage auf Ehescheidung.

Az. 6. R. 821/47.
Die kaufmännische Angestellte Jutta Geske, geb. Schithelm, in Berlin-Tempelhof, Renste-Privatstraße 8 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Würburg, Berlin W 35, Potsdamer Straße 88 — klagt gegen den Kaufmann Herbert Geske, zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, mit dem Antrage, die Ehe der Parteien zu scheiden.
Az. 6. R. 1089/47.

Die Klägerinnen ladet die Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 6. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Lindentaler Allee 5, Zimmer 2, auf den 6. Oktober 1948, 9 1/2 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Berlin-Zehlendorf, den 12. Mai 1948.

Landgericht Berlin

Die Frau Gerda Kohlschmidt, geb. Bartsch, in Berlin-Britz, Fritz-Reuter-Allee 61 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Pickert, Berlin-Neukölln, Ganghoferstraße 1 — klagt gegen ihren Ehemann, den Arbeiter Paul Kohlschmidt, früher in Eisleben, Lutherstadt, Lager Friedrichsberg, jetzt unbekanntem Aufenthalts, wegen Ehescheidung, mit dem Antrage auf Scheidung der Ehe.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 10. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Zimmer Nr. 15, auf den 9. Oktober 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 10. R. 515/47.

Berlin-Zehlendorf, den 18. Mai 1948.

Landgericht Berlin

Die Frau Erna Gliska, geb. Lauffer, in Berlin-Britz, Hanne-Nöte 4 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Herzberg in Berlin-Britz, Karlstraße 8, klagt gegen den Arbeiter Wilhelm Gliska in Naumburg a. d. Saale, Wenzelgasse 24, zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, mit dem Antrage auf Ehescheidung.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 6. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Zimmer 2, auf den 27. Oktober 1948, 9.30 Uhr mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 6. R. 53/48.

Berlin-Zehlendorf, den 19. Mai 1948.

Landgericht Berlin

Die Frau Ilse Blume, geb. Willer, in Berlin-Lichterfelde, Holbeinstraße 38 a — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Gorke, in Berlin-Lichterfelde-West, Ringstraße 82 — klagt gegen ihren Ehemann Franz Blume, früher in Berlin-Lichterfelde, Holbeinstraße 38 a, jetzt unbekanntem Aufenthalts, auf Ehescheidung aus Alleinschuld des Beklagten.

Der Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 3. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Zimmer Nr. 4, auf den 5. November 1948, 9 Uhr, geladen mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 3. R. 262/47.

Berlin-Zehlendorf, den 12. Mai 1948.

Landgericht Berlin

Aufgebote

- Es ist beantragt, die nachstehenden Verschollenen für tot zu erklären:
- Adelheid Nathanson, geb. Asch, geboren am 22. Juni 1879 zu Berlin, aus Berlin-Charlottenburg, Pflanzensalze 8; Az. 14. II. 248/47.
 - Alice Seligstein, geb. Levinger, geboren am 24. März 1901 zu Schweinfurt, aus Berlin-Wilmersdorf, Konstanzer Straße 10; Az. 14. II. 88/48.
 - Sophie Weiß, geb. Brettenbach, geboren am 24. Oktober 1892 zu München, und Klaus Weiß, geboren am 10. Oktober 1921 zu München, aus Berlin W 15, Pariser Straße 53; Az. 14. II. 181/48.
 1. Wilhelm Klein, geboren am 29. Januar 1883 zu Wellmich Rh.;
2. Heria Klein, geb. Wolff, geboren am 17. März 1900 zu Frankfurt (Main);
3. Herbert Klein, geboren am 11. Juli 1929 zu Charlottenburg;
4. Betty Alice Wolff, geb. Wallach, geboren am 18. März 1872 zu Ziegenhain-Kassel; Az. 14. II. 33/48.
 - Rechtsanwalt Rudolf Arnheim, geboren am 26. Februar 1875 zu Mannheim, aus Berlin-Wilmersdorf, Pfalzburger Straße 85/86; Az. 14. II. 97/48.
 - Paul Warnstädt, geboren am 28. November 1876 zu Berlin, aus Berlin-Charlottenburg, Tegeler Weg 101; Az. 14. II. 111/48.
 - Ursula Frommholz, geb. Goltz, geboren am 18. April 1923 zu Berlin, aus Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 64; Az. 14. II. 173/48.
 1. Gertrud Fränkel, geb. Schiller, geboren am 7. Januar 1881 zu Konstanz O./S., aus Berlin W 30, Goltzstraße 26;
2. Richard Sander, geboren am 6. September 1870 zu Arnswalde;
3. Edith Sander, geb. Schiller, geboren am 7. Februar 1901 zu Wehlau;
4. Margit Sander, geboren am 8. August 1920 zu Berlin, aus Berlin Wilmersdorf, Trautenastraße 9; Az. 14. II. 159/48.
 1. Marna Levy, geb. Moritzsohn, geboren am 15. März 1899 zu Altona und
2. Edith Levy, geboren am 7. August 1926 zu Berlin, aus Berlin, Heilbronner Straße 6; Az. 14. II. 176/48.
- Die vorbezeichneten Verschollenen werden aufgefordert, sich spätestens in dem auf den ersten Montag, drei Monate nach Veröffentlichung dieses Aufgebots, 11 Uhr, Zimmer 44 vor dem unterzeichneten Gericht, anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Berlin-Charlottenburg, den 4. Mai 1948.

Amtsgericht Charlottenburg

Die Frau Cläre Beyer, geb. Rickmann Klein-Machnow, Meisenbusch 2, Post Berlin-Zehlendorf, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Hans Friedberg, in Berlin W 15, Konstanzer Straße 3, hat beantragt die Verschollenen

- Witwe Gertrud Rickmann, geb. Exner, geboren am 6. September 1903;
 - Rolf Rickmann, geboren am 14. September 1933.
- beide zuletzt wohnhaft in Berlin-Mahldorf, Pilgrimer Straße 229, für tot zu erklären.

Die Verschollenen werden aufgefordert, sich spätestens im Aufgebotsstermin am 3. September 1948, 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Az. 5. II. 25/48.

Berlin-Lichtenberg, den 7. Mai 1948.

Amtsgericht Lichtenberg

Die Anna Marie Zernicke in Berlin-Lichterfelde-West, Carstennstraße 45, hat beantragt, die verschollenen Hauptgeschäftsführer i. R. Hermann Zernicke, geboren am 15. Februar 1869, und Elise Zernicke, geb. Schmidt, geboren am 14. November 1882, beide zuletzt wohnhaft in Berlin-Lichterfelde-West, Carstennstraße 45, für tot zu erklären.

Die bezeichneten Verschollenen werden aufgefordert, sich spätestens in dem auf den 12. August 1948, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Az. 3. II. 283/47.

Berlin-Lichterfelde, den 11. Mai 1948.

Amtsgericht Lichterfelde

Der Gemeindefkirchenrat der Jerusalems- und Neuen Kirchengemeinde in Berlin SW 68, Friedrichstraße 31, hat das Aufgebot des Hypothekenbriefes über die im Grundbuche des Amtsgerichts Neukölln von Berlin-Neukölln Band 196, Blatt 5264, eingetragenen Darlehenshypothek von 8000 RM, zur Zeit noch eingetragen für die am 21. November 1946 verstorbene, von der Antragstellerin beerbte Buchhalterin Elise Haecker beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Montag, den 10. Oktober 1948, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht Neukölln, Berlin-Neukölln, Karl-Marx-Straße 77-79, Zimmer 22, anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosklärung der Urkunde erfolgen wird.

Az. 19/8. F. 291/47.

Berlin-Neukölln, den 21. Mai 1948.

Amtsgericht Neukölln.

Die Ehefrau Marie Luise Rosenthal in Berlin-Pankow, Florestaße 59, hat beantragt, ihren verschollenen Ehemann Erich Rosenthal, zuletzt wohnhaft ebendort, für tot zu erklären.

Der Verschollene wird aufgefordert, sich innerhalb 6 Wochen nach Veröffentlichung des Aufgebots vor dem unterzeichneten Gericht zu melden, widrigenfalls er für tot erklärt werden kann.

Alle, die Auskunft über den Verschollenen geben können, werden aufgefordert, innerhalb der obenbestimmten Frist dem Gericht Anzeige zu machen.

Az. 42. II. 10/48.

Berlin-Pankow, den 5. April 1948.

Amtsgericht Pankow

Frau Dorothea Künne, geb. Siegel, in Hohenfinow, Kreis Eberswalde-Land (Pfarrhaus), hat das Aufgebot der angeblich im Jahre 1945 infolge der Kriegswirren verlorengegangenen Hypothekenbriefe über die im Grundbuch von Berlin-Friedenau, Band 52, Blatt 1969 (früher Band XI, Blatt 795) — Eigentümer Kaufmann Hugo Hüttmann in Berlin-Charlottenburg — in Abteilung III eingetragenen aufgewerteten Darlehenshypotheken von 5000 Goldmark (Nr. 1) und 1250 Goldmark (Nr. 2) in Worten Fünftausend Goldmark und Eintausendzweihundertfünfzig Goldmark, beantragt.

Der Inhaber der obengenannten Urkunden wird aufgefordert, spätestens in dem Aufgebotsstermin am ersten Werktag drei Monate nach Veröffentlichung dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin seine Rechte anzumelden und die Hypothekenbriefe vorzulegen, widrigenfalls die Urkunden für kraftlos erklärt werden.

Az. 13. F. 18/48.

Berlin-Schöneberg, den 14. Mai 1948.

Amtsgericht Schöneberg

Es ist beantragt, nachstehende Verschollene für tot zu erklären:
Frau Meta Fleischer, geb. Wedhorn, geboren in Schöneberg bei Danzig am 19. Juli 1908, zuletzt wohnhaft in Berlin-Spandau, Müllerstraße 6, auf Antrag des August Fleischer, Berlin-Spandau, Straße 503, Haus Nr. 11, Az. 5. II. 7/46.

Ingenieur Richard Achtei, geboren am 12. April 1895 in Berlin-Spandau, zuletzt wohnhaft in Berlin-Siemensstadt, Rohrdamm 24a, auf Antrag der Frau Walli Achtei, geb. Gunkel, daselbst, Az. 6. II. 24/48.

Brauerdirektor Dr. Walter Klein, geboren am 5. September 1898 in Berlin-Charlottenburg, zuletzt wohnhaft Berlin-Spandau, Neudorfer Straße 28, auf Antrag der Frau Gertrud Klein, geb. Großmann, daselbst, Az. 6. II. 24/48.

Frau Anna Liebke, geb. Harmel, geboren am 31. März 1872 in Berlin, zuletzt wohnhaft in Berlin-Spandau, Seefeldstraße 63, auf Antrag des Georg Liebke, Berlin-Spandau, Seefeldstraße 61, Az. 6. II. 25/48.

Frau Valeria (genannt Wally) Westhoff, geb. Liebke, geboren am 31. März 1896 in Berlin-Spandau, zuletzt wohnhaft Berlin-Spandau, Seefeldstraße 63 auf Antrag der Frau Margarete Paul, geb. Gasch, Berlin-Spandau, Staakener Straße 8, Az. 6. II. 26/48.

Die vorbezeichneten Verschollenen werden aufgefordert, sich spätestens bis 6 Wochen nach der Veröffentlichung dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin vor dem unterzeichneten Gericht im Zimmer 14 zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens zum gleichen Zeitpunkt dem Gericht Anzeige zu machen.

Berlin-Spandau, den 13. Mai 1948.

Amtsgericht Spandau

Der Fritz Pabst in Stendal, Arneburger Straße 158, hat beantragt, seine Mutter Marie Pabst, geb. Rogge, geboren am 22. Januar 1832 in Hansbagen, zuletzt wohnhaft in Berlin, Simonstraße 5, für tot zu erklären.

Die bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf den 27. Juli 1948, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 60, anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls ihre Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens in dem Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Az. 15. II. 352/47.

Berlin SW 11, den 28. April 1948.

Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Die Gertrud Dinhofer, geb. Lindow, in Berlin-Lichtenrade, Kettinger Straße 72, hat beantragt, ihren Ehemann Johann Dinhofer, geboren am 1. Mai 1910 in Katsdorf (Oberdonau), zuletzt wohnhaft in Berlin-Lichtenrade, Kronbergstraße 27, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf den 27. August 1948, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 60, anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls seine Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens in dem Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Az. 15. II. 37/48.

Berlin SW 11, den 15. April 1948.

Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Die Ehefrau Irma Schmidt, geb. Schubert, wohnhaft Berlin N 20, Wiesenstraße 43, hat beantragt, den verschollenen Arbeiter Hermann Schmidt, geboren am 7. Oktober 1920 in Berlin, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin N 65, Schulstraße 107, für tot zu erklären.

Az. 2. II. 64/48.

Die Ehefrau Klara Krüger, geb. Lauter, gesch. Nierenz, wohnhaft Berlin N 65, Amsterdamer Straße 14, hat beantragt, den verschollenen Schweizer Hermann Krüger, geboren am 7. Februar 1921 in Berlin, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin N 65, Seestraße 103, für tot zu erklären.

Az. 2. II. 58/48.

Die Verschollenen werden aufgefordert, bis spätestens in dem auf den 30. Juni 1948, um 12 Uhr, Zimmer 49, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin über ihren Verbleib Nachricht zu geben.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Berlin N 20, den 28. April 1948.

Amtsgericht Wedding.

Die Ehefrau Anna Weiß, geb. Ippensen, wohnhaft in Berlin N 65, Luxemburger Straße 30, hat beantragt, den verschollenen Behördenangestellten Otto Weiß, geboren am 28. März 1891 in Berlin, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin N 65, Luxemburger Straße 30, für tot zu erklären.

Az. 2. II. 68/48.

Der Rentner Johann Przybilla, wohnhaft in Berlin N 65, Triftstraße 41, Stfl. IV, hat beantragt, die verschollene Witwe Emma Przybilla, geb. Büttcher, geboren am 12. August 1875 in Berlin, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin N 65, Triftstraße 41, für tot zu erklären.
Az. 2. II. 7/48.

Die Verschollenen werden aufgefordert, bis spätestens in dem auf den ersten Werktag sechs Wochen nach Erscheinen dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin, um 12 Uhr, Zimmer 49, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermine über ihren Verbleib Nachricht zu geben.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Berlin N 20, den 7. Mai 1948.

Amtsgericht Wedding

Die verwitwete Frau Maria Klemt, geb. Gottschalk, Berlin SW 11, Stresemannstraße 34, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Ernst Schneider, Berlin W 15, Schlüterstraße 41, hat das Aufgebot des verlorengegangenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuch des Amtsgerichts Wedding von Oranienburger Torbezirk, Band 32, Blatt 941, in Abteilung III, unter Nr. 12, eingetragene Hypothek in Höhe von 6000,— Goldmark/Reichsmark nebst Zinsen beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, den Hypothekenbrief spätestens in dem auf den ersten Werktag sechs Monate nach Veröffentlichung dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin vor dem unterzeichneten Gericht in Berlin N 20, Brunnenplatz, um 10 Uhr, anberaumten Aufgebotstermin vorzulegen und seine Rechte anzumelden, widrigenfalls der Hypothekenbrief für kraftlos erklärt werden wird.
Az. 2. F. 20/48.

Berlin N 20, den 27. April 1948.

Amtsgericht Wedding

Der Rechtsbeistand Willy Dittmann hat als Nachläßpflger für die unbekannt Erben des am 14. Dezember 1946 verstorbenen Lebensmittelgroßhändlers Hermann Adolf Köhler, wohnhaft gewesen in Berlin-Zehlendorf, Urselweg 1, das Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Ausschließung von Nachläßgläubigern beantragt.

Die Nachläßgläubiger werden daher aufgefordert, ihre Forderungen gegen den Nachlaß des verstorbenen Hermann Adolf Köhler spätestens in dem auf den ersten Werktag nach Ablauf von sechs Wochen seit Erscheinen dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin anberaumten Aufgebotstermine vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 58, anzumelden.

Die Anmeldung hat die Angabe des Gegenstandes und des Grundes der Forderung zu enthalten. Urkundliche Beweisstücke sind in Urschrift oder Abschrift beizufügen.

Die Nachläßgläubiger, welche sich nicht melden, können — unbeschadet des Rechtes, vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen berücksichtigt zu werden — von den Erben nur insoweit Befriedigung verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Überschuß ergibt. Auch haftet ihnen jeder Erbe nach der Teilung des Nachlasses nur für den seinem Erbteil entsprechenden Teil der Verbindlichkeit.
— Az. 8. F. 1/48. —

Berlin-Zehlendorf, den 22. Mai 1948.

Amtsgericht Zehlendorf

Todeserklärungen

Der Tod der nachstehenden Verschollenen wird festgestellt:
Paul Gelhar, geboren 20. Juli 1887 zu Strelnoy/Polen, aus Berlin-Charlottenburg, Kanistraße 122, mit dem 31. Dezember 1944.
Az. 14. II. 11/48.

Eheleute Jacob (Jobst) Hirsch und Antonie (Toni) Hirsch, geb. Cohn, mit dem 20. Januar 1944 (Ehemann) bzw. 17. Januar 1944 (Ehefrau).
Az. 14. II. 640/47.

Paula Begach, geboren 3. März 1889 zu Wernigerode/Harz, aus Berlin-Charlottenburg, Suarezstraße 55, mit dem 31. Dezember 1944.
Az. 14. II. 101/48.

Arno Breitmeyer, geboren 19. April 1903 zu Berlin, aus Berlin-Charlottenburg, Reichssportfeld, mit dem 17. April 1945.
Az. 14. II. 106/48.

Adolf Lube, geboren 5. Februar 1908 zu Berlin, aus Berlin-Charlottenburg, Waitzstraße 25, mit dem 30. September 1946.
Az. 14. II. 109/48.

Werner Goldemann, geboren 18. August 1893 zu Berlin, aus Berlin-Charlottenburg, Dornburgstraße 17, mit dem 31. Dezember 1944.
Az. 14. II. 124/48.

Dr. med. Martha Wygodzynski, geboren 2. Juli 1869 zu Berlin, aus Berlin-Wilmersdorf, Konstanzer Straße 51, mit dem 27. Februar 1943.
Az. 14. II. 536/47.

Detlev Junius, geboren 20. Dezember 1893 zu Mitau, aus Berlin-Wilmersdorf, Geisenheimer Straße 18, mit dem 22. September 1945.
Az. 14. II. 116/48.

Hans Kairies, geboren 30. Mai 1909 zu Tilsit, aus Berlin-Wilmersdorf, Guntzelstraße 2, mit dem 6. Mai 1945.
Az. 14. II. 120/48.

14. Sam. II. 15/48.

Berlin-Charlottenburg, den 15. März 1948.

Amtsgericht Charlottenburg

Frau Klara Kahlberg geb. Odermat, geboren 21. Januar 1878, und Veronika Odermat, geboren 8. Juni 1876, beide zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin-Karlshorst, Auguste-Viktoria-Straße 29, werden für tot erklärt. Todestag: 30. April 1945.

Die Kosten des Verfahrens werden niedergeschlagen.

Az. 5. II. 358/47.

Berlin-Lichtenberg, den 7. Mai 1948.

Amtsgericht Lichtenberg

Auf Antrag der Ehefrau Marie Elsas, geb. Scholl, in Berlin-Dahlem, Patschkauer Weg 41, wird der Bürgermeister a. D. Dr. Fritz Elsas, geboren am 11. Juli 1890 in Stuttgart-Cannstatt, zuletzt wohnhaft in Berlin-Dahlem, Patschkauer Weg 41, für tot erklärt.

Az. 3. II. 249/47.

Berlin-Lichterfelde, den 20. Mai 1948.

Amtsgericht Lichterfelde

Durch Beschluß vom 11. Mai 1945 sind

- a) die am 23. Januar 1902 in Berlin geborene Lucie Schulz, geb. Silakowski,
b) deren Tochter, die am 31. Juli 1930 in Berlin-Neukölln geborene Schülerin Inge Schulz,

beide zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin-Neukölln, Pfänderstraße 59, für tot erklärt.

Als Zeitpunkt des Todes ist der 2. Februar 1945 festgestellt.

Az. 19. 8. F. 53/47.

Durch Beschluß vom 11. Mai 1948 ist die Ehefrau Frieda Welk, geb. Bartel, geboren am 4. März 1898 in Zützer, Kr. Deutsch-Krone, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin SO 36, Maybachufer 24, für tot erklärt. Als Zeitpunkt des Todes ist der 20. November 1945 festgestellt.

Az. 19. 8. F. 95/47.

Amtsgericht Neukölln

Durch Beschluß vom 28. April 1948 ist der Rentner Adolf Neukrantz, geboren am 5. September 1873, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin N 20, Schönstedtstraße 5, für tot erklärt und als Zeitpunkt des Todes der 20. April 1945, 24 Uhr, festgestellt worden.

Az. 2. II. 365/47.

Durch Beschluß vom 7. Mai 1948 wird festgestellt, daß die minderjährigen Kinder des Arbeiters Helmut Kopelke, und zwar:

1. Christel Kopelke, geboren am 9. Januar 1936,
2. Peter Kopelke, geboren am 7. Januar 1939,
3. Horst Kopelke, geboren am 14. März 1943, sämtlich zu Berlin, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin N 20, Koloniestraße 18, verstorben sind und als Zeitpunkt des Todes der 12. September 1946, 12.30 Uhr, für Peter Kopelke und der 30. April 1945 für Christel und Horst Kopelke festgestellt worden ist.

Az. 2. II. 368/47.

Durch Beschluß vom 28. April 1948 ist der Fleischermeister Gerhard Zieschang, geboren am 29. Mai 1907 in Kitzrow, Kreis Saitzig, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin N 65, Genter Straße 4, für tot erklärt und als Zeitpunkt des Todes der 25. Oktober 1945, 24 Uhr, festgestellt worden.

Az. 2. II. 369/47.

Durch Beschluß vom 8. Mai 1948 wird festgestellt, daß der Motoren Schlosser Wilhelm Neumann, geboren am 1. November 1910, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin N 20, Osloer Straße 101, am 21. März 1946 verstorben ist.

Az. 2. II. 23/48.

Amtsgericht Wedding

Durch Beschluß vom 7. Mai 1948 wird auf Antrag der Frau Erna Witke, geb. Menz, in Berlin-Reinickendorf-West, Antonienstraße 38, gemäß § 39 Verschollenheitsgesetz die Todeszeit des Krankenkassenrendanten Georg Wittke aus Zielenzig auf den 20. März 1945, 24 Uhr, festgestellt.
Az. 4. II. 180/47.

Durch Beschluß vom 7. Mai 1948 ist auf Antrag der Frau Gerda Jäger, geb. Knappe, in Berlin-Tegel, Kamener Weg 27, der Techniker (Uffz.) Willi Jäger, geboren am 8. Januar 1917, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin-Tegel, mit dem 3. November 1943 für tot erklärt.

Az. 4. II. 195/47.

Durch Beschluß vom 7. Mai 1948 ist auf Antrag der Frau Irmgard Gebert, geb. Seestadt, in Berlin-Reinickendorf-West, Spandauer Weg 36, der Leutnant (KRO) Rudi Gebert, geboren am 15. Februar 1912 in Berlin, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin-Reinickendorf-West, mit dem 3. Juni 1944, 24 Uhr, für tot erklärt worden.

Az. 4. II. 197/47.

Durch Beschluß vom 7. Mai 1948 ist auf Antrag der Frau Luise Esders, geb. Hagewald, in Berlin-Wittenau, Kennitz Allee 18, die Todeszeit des Friseurs Franz Hagewald, geboren am 24. Februar 1891, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin-Wittenau, Hauptstraße 18, auf den 30. September 1945, 24 Uhr, festgestellt worden.

Az. 4. II. 227/47.

Durch Beschluß vom 13. Mai 1948 ist auf Antrag des Kaufmanns Theodor Köhler in Sonnefeld/Coburg, Am Schaferberg Nr. 256, der Tod der Ehefrau Gertrud Köhler, geb. Kücken, gesch. Kuhn, geboren am 24. Dezember 1903, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin-Tegel, Roonstraße 9, in Marienbad, und als Zeitpunkt desselben der 25. Mai 1945, 24 Uhr, festgestellt worden.

Az. 4. II. 35/48.

Amtsgericht Wedding — Dienststelle Reinickendorf.

Auf Antrag der geschiedenen Frau Franziska Schindowski, geschiedene Kubsdela, geb. Ciosto, in Berlin-Weißensee, Max-Steinke-Straße 25, wird der am 30. April 1893 in Berlin-Weißensee geborene, seit Anfang 1943 bei Stalingrad vermißte Arbeiter Valentin Kubsdela aus Berlin-Weißensee, Friedrichstraße 38, für tot erklärt. Als Todestag wird der 1. März 1943 festgestellt.

Az. 3. II. 36/47.

Berlin-Weißensee, den 11. Februar 1948.

Amtsgericht Weißensee

Berichtigung

Der durch Beschluß vom 13. April 1943 für tot erklärte August Sielski aus Berlin-Oberschöneweide ist in Sternau (nicht Sternkau) geboren.

Az. 4. a. II. 30/47.

Berlin-Köpenick, den 21. Mai 1948.

Amtsgericht Köpenick

Ausschlußurteile

Der Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Köpenick, Band 69, Blatt 2179, Abteilung III, Nr. 8, eingetragene Hypothek von 10 000,— RM ist für kraftlos erklärt worden.

Az. 12. F. 10/47.

Amtsgericht Köpenick

In der Aufgebotsache der Frau Clara Trömel ist der über die im Grundbuche des Amtsgerichts Berlin-Steglitz von Berlin-Lichterfelde, Band 149, Blatt 4450, in Abteilung III, Nr. 6, für den genannten Paul Trömel eingetragene Hypothek von 18 000 RM — Restkaufgeld, zu 5 % jährlich verzinslich, für kraftlos erklärt.

Az. 3. F. 7/47.

Berlin-Lichterfelde, den 7. Mai 1948.

Amtsgericht Lichterfelde.

In der Aufgebotsache des Konditormeisters Otto Klingbeil, Berlin SW 61, Yorkstraße 2 — vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Schilling, Berlin SW 29, Gae. Senaasstraße 62 — hat das Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg durch Amtsrichter Schütz als Richter für Recht erkannt:

Der Hypothekenbrief über die im Grundbuche von Tempelhofer Vorstadt, Band 92, Blatt 2788 nach auf den Namen Verein Berliner Künstler zu Berlin eingetragene Hypothek von noch 10 000 RM wird für kraftlos erklärt.

Az. S. F. 148/47.

Berlin SW 11, den 3. Mai 1948.

Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Der Hypothekenbrief über die im Grundbuche von Berlin (Wedding), Band 192, Blatt 4879, in Abteilung III unter Nummer 25 zugunsten der Rheinisch-Westfälischen Boden-Credit-Bank in Köln eingetragene Hypothek von 36 000 Goldmark und der Grundschuldbrief über die ebendort in Abteilung III unter Nummer 26 zugunsten der Deutschen Sparkassenschatzkasse in Berlin eingetragene Grundschuld von 6000 RM werden für kraftlos erklärt.

Az. 2. F. 11/46.

Berlin N 20, den 24. April 1948.

Amtsgericht Wedding

Nachlasssachen

In der Nacht vom 16. zum 17. Dezember 1943 ist der am 29. März 1895 in Görlich als Sohn des Lithographen Wilhelm Steingraber und seiner Ehefrau Emma geb. Arndt geborene Erich Steingraber gefallen. Alle, denen Erbrechte auf den Nachlaß des Erblassers zustehen, werden gemäß § 2358 BGB aufgefordert, sich bis spätestens 1. September 1948 bei dem unterzeichneten Gericht zu melden.

Az. 29. 19. VI. 216/44.

Berlin-Charlottenburg, den 27. Mai 1948.

Amtsgericht Charlottenburg

Über den Nachlaß des am 5. Juli 1947 verstorbenen Kaufmanns Bruno Jaentke, zuletzt Berlin-Charlottenburg, Neue Kantstraße 3, wohnhaft gewesen, ist am 4. Mai 1948 die Nachlassverwaltung angeordnet worden.

Nachlassverwalter ist Rechtsanwalt Dr. Köhler, Berlin W 15, Bayerische Straße 31.

Az. 30. VI. 418/47.

Amtsgericht Charlottenburg

Am 30. Dezember 1946 ist die Witwe Anna Babions, geb. Winzel, Berlin-Marzahn, Seeländerweg 24, verstorben. Erben konnten nicht ermittelt werden. Alle Personen, denen Erbrechte am Nachlaß zustehen, werden aufgefordert, ihre Rechte am Nachlaß bis zum 15. Juli 1948 bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden, widrigenfalls gemäß § 1964 BGB festgestellt wird, daß ein anderer Erbe als der Magistrat von Groß-Berlin nicht vorhanden ist.

Az. 7. VI. 59/47.

Berlin-Lichtenberg, den 30. April 1948.

Amtsgericht Lichtenberg

Die Verwaltung des Nachlasses des am 30. November 1947 in Berlin-Neukölln, Warthestraße 45, seinem letzten Wohnsitz verstorbenen Kaufmanns Paul Torgau wird angeordnet. Zum Nachlassverwalter wird der Rechtsbeistand Albert Schilling, Berlin N 58, Stargarder Straße 6 II, gestellt.

Az. 5. VI. 320/48.

Berlin-Neukölln, den 12. Mai 1948.

Amtsgericht Neukölln

Handelsregister

(Für die Angaben in [—] übernimmt das Registergericht keine Gewähr)

Amtsgericht Berlin-Mitte

In unser Handelsregister, Abteilung B, ist eingetragen:

Am 24. November 1947 Abteilung 62.

Veränderung

B. 53 958. Deutscher Braunkohlenöl-Vertrieb Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Weissandt-Göllau, Post Köthen, Anhalt).

Durch Gesellschafterbeschuß vom 21. September 1947 ist die Gesellschaft aufgelöst. Der Kaufmann Direktor Fritz Wienholt, Köthen, ist zum Liquidator bestellt.

Löschung

B. 53 248 Cab-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin C 2, Königstraße 33).

Der Sitz ist nach Mettingen in Westfalen verlegt, die Firma darum hier gelöscht.

Veränderungen

B. 1875/Nz. „UHL“ Gesellschaft für Instandsetzung und Verwertung von Industrieerzeugnissen mit beschränkter Haftung, Berlin (Wühelmsruh, Werkgebäude Bergmann, Elektrizitätswerke AG.).

Durch Beschluß der Gesellschafter vom 27. Juni bzw. 14. Juli 1947 ist der Gesellschaftsvertrag geändert in § 3 (Stammkapital) und durch Hinzufügung eines Zusatzes (Abtretung von Geschäftsanteilen). Das Stammkapital ist um 125 000,— RM auf 150 000,— RM erhöht.

B. 2505/Nz. Wido Verkaufsstelle Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Wittenau, Oranienburger Straße 173—175).

Ernst Hoffmann ist nicht mehr Geschäftsführer. Zu weiteren Geschäftsführern sind bestellt: Kaufmann Walter Bischoff, Berlin, Kaufmann Walter Lawrenz, Berlin.

B. 2506/Nz. Krautwattendieselschiffahrtsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (C 2, Klosterstraße 63).

Durch Beschluß der Gesellschafter vom 27. Juli 1947 ist der Gesellschaftsvertrag geändert in § 1 (Firma), § 2 (Gegenstand des Unternehmens) und § 5 (Stammkapital). Die Firma lautet fortan: Kamper & Weber Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Zweigniederlassung Berlin der in Neufeld befindlichen Hauptniederlassung. Gegenstand des Unternehmens ist nunmehr: Der Handel mit Krautwatt und sonstigen Textilerzeugnissen der Firma Kamper & Weber offene Handelsgesellschaft in Neufeld. Das Stammkapital ist um 40 000,— RM auf 60 000,— RM erhöht.

B. 59 136. Noordsche Unie Commanditaire Vennotschap op Aandeelen und Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (W 15, Fasanenstraße 67).

Der Wohnsitz des Geschäftsführers ist jetzt: St. Gallen (Schweiz).

Am 24. November 1947.

Neueintragung

B. 2507/Nz. E. u. K. Haber, Ofenbaugeschäft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (SW 29, Mittenwalder Straße 8).

Gegenstand des Unternehmens: Die Fortführung des im Jahre 1891 von dem Topfmeister Julius Haber gegründeten Ofenbaugeschäftes, welches bisher von der Firma E. u. K. Haber betrieben wurde. Zweck des Unternehmens ist von der Handel mit transportablen Ofen und Gegenständen einschlägiger Art der Eisen- und keramischen Branche, sowie die Herstellung von Ofen und Kochherden und die Ausführung aller einschlägigen Arbeiten.

Stammkapital: 20 000,— RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 14. November 1947 abgeschlossen und am 20. November 1947 abgeändert. Zum Geschäftsführer ist bestellt: Fräulein Klara Haber, Berlin. Der Gesellschaftsvertrag läuft bis zum 30. September 1955.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital wird in die Gesellschaft eingebracht von der Gesellschafterin Klara Haber das unter der Firma E. u. K. Haber betriebene Geschäft mit der gesamten Betriebseinrichtung, den Materialbeständen und den Außenständen mit der Maßgabe, daß das Geschäft vom 1. Oktober 1947 ab für Rechnung der Gesellschaft geführt gilt. Der Gesamtwert dieser Einlage wird auf 19 000,— RM veranschlagt.

Veränderung

B. 55 407. Morganite Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (W 35, Lützowstraße 84, b. Kretschmar).

Die Eintragung vom 24. September 1946 unter Lid. Nr. 4 in Spalte 6 ist gemäß § 142 FGG von Amts wegen gelöscht.

Am 25. November 1947. Abteilung 62.

Neueintragung

B. 2508/Nz. Berliner Elektro-Spielwaren Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (SW 68, Friedrichstraße 235).

Gegenstand des Unternehmens: Die Herstellung von mit Schwachstrom betriebenen Spielwaren und Vertrieb derselben, sowie die Beteiligung oder der Erwerb an ähnlichen Unternehmungen.

Stammkapital: 20 000,— RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 12. August 1947 abgeschlossen. Die Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Maschinenbauwerkmeister Willi Schroder, Berlin, Kaufmann Erich Voß, Berlin.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital werden in die Gesellschaft eingebracht von dem Gesellschafter Willi Schroder Maschinen und Handwerkzeug zum angegebenen Werte von 3 000,— RM unter Anrechnung auf seine Stammeinlage.

Veränderungen

B. 1088/Nz. Handelsgesellschaft für Handwerksbedarf mit beschränkter Haftung, (Berlin-NW 7, Neustädtische Kirchstraße 4/5).

Dr. Heinrich Spitz ist als Geschäftsführer ausgeschieden.

B. 1609/Nz. Gesellschaft für Industriewärme mit beschränkter Haftung (Berlin-Spandau, Waragerweg 11).

Der Geschäftsführer Christian Kirchholtes ist verstorben.

B. 2085/Nz. AKO-Brikett Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin-Schöneberg, Potsdamer Straße 192).

Durch Beschluß der Gesellschafter vom 25. September 1947 ist der Gesellschaftsvertrag geändert in § 2 (Gegenstand des Unternehmens). Gegenstand ist: Herstellung und Vertrieb von Briketts aus Kohle und kohlenstoffhaltigen Stoffen.

B. 2381/Nz. Fredrik de Haas Gesellschaft mit beschränkter Haftung, (Berlin-Wilmersdorf, Prinzregentenstraße 15/16).

Durch Beschluß der Gesellschafter vom 23. Oktober 1947 ist der Gesellschaftsvertrag geändert in §§ 1 (Firma) und 9. Abs. 2 (Gesellschaftsbeschränkung). Die Firma lautet nunmehr: de Haas & Mehl Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

B. 51 012. Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft (Berlin W 15, Emser Straße 52).

Prokura: Erich Hehn Hamburg. Er vertritt mit einem Vorstandsmitglied oder einem Prokuristen.

Abteilung 64.

Neueintragungen

B. 2511/Nz. Thuis & Paetz Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 95).

Gegenstand des Unternehmens: Eröffnung und Betrieb eines Lichtspieltheaters in Lichterfelde bei Eberswalde sowie Erwerb und Inbetriebnahme weiterer derartiger Unternehmen in Berlin und in der Provinz Brandenburg.

Stammkapital: 80 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 24. März 1947 mit Abänderung vom 21. Juli 1947 bzw. 18. November 1947 abgeschlossen. Der Kaufmann Josef Thuis, Berlin, ist zum Geschäftsführer bestellt. Die Gesellschaft ist auf die Dauer von 15 Jahren, beginnend mit dem 1. April 1947, geschlossen.

B. 2510/Nz. Schmelzerel und Gießerei Neukölln Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Neukölln, Karl-Marx-Straße 253).

Gegenstand des Unternehmens: Die Verarbeitung von Metallen, Metallabfällen und Metallrückständen aller Art auf metallische und chemische Halb- und Fertigprodukte sowie der Betrieb einer Gießerei für Spritz-, Sand- und Kokillenpaß.

Stammkapital: 50 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. Juni 1947 abgeschlossen und am 12. November 1947 abgeändert. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zum Geschäftsführer ist Dipl.-Ingenieur Gerhard Brockhaus, Potsdam-Babelsberg, bestellt.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das Verordnungsblatt für Groß-Berlin.

Veränderung

B. 1681/Nz. Radio-Elektroapparate-Vertrieb-Instandsetzungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Köpenick, Friedrichshagener Straße 38/39).

Rolf Richwald ist nicht mehr Geschäftsführer. Der Kaufmann Victor Kluge, Thale/Harz, ist zum Geschäftsführer bestellt.

Löschung

B. 58 795. Siemens-Reiniger Altersfürsorge Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (NW 7, Karlstraße 31).

Der Sitz der Gesellschaft ist nach Erlangen verlegt, die Firma darum hier gelöscht.

Am 27. November 1947. Abteilung 64.

Neueintragungen

B. 2515/Nz. Packmaterial-Sammellager „West“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Spandau, Freiheit 7—9).

Gegenstand des Unternehmens: Die Sammlung, Instandsetzung und Anfertigung von Verpackungsmaterialien aller Art sowie der Handel mit ihnen.

Stammkapital: 50 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 12. März 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann Hugo Schweitzer, Berlin, bestellt. So lange der Kaufmann Hugo Schweitzer Geschäftsführer ist, ist er, auch wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt und ferner von den beschränkenden Vorschriften des § 181 BGB befreit.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das Verordnungsblatt von Groß-Berlin.

B. 2516/Nz. „Der Kunstgiebel“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Charlottenburg, Suarezstraße 1).

Gegenstand des Unternehmens: Der Betrieb der Kunsthandlung gleichen Namens, insbesondere der Handel mit Gemälden, echten Teppichen und Antiquitäten aller Art im In- und Ausland.

Stammkapital: 250 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 28. März 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer vertreten. Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann Paul-Udo Giebler, Berlin, bestellt. Die Gesellschaft kann nur zum Ende des Kalenderjahres durch Beschluß der Gesellschafterversammlung mit einer Frist von sechs Monaten aufgelöst werden.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital wird in die Gesellschaft eingebracht von den Gesellschaftern Paul-Udo Giebler und Martha Giebler das Geschäftsvermögen der bürgerlich-rechtlichen Gesellschaft „Der Kunstgiebel“ mit dem Sitz in Berlin-Charlottenburg 5, Kaiserdamm 118, und zwar auf Grund des auf den 31. März 1947 aufzustellenden Status mit der Maßgabe, daß das Geschäft vom 1. April 1947 ab als für Rechnung dieser Gesellschaft geführt gilt, ohne daß eine Ausgleichung auf den effektiven Wert am Tage der Einlage stattfinden soll. Der Wert der Sachvermögen wird für jeden Gesellschafter wie folgt festgesetzt und angeteilt:

a) Herr Paul-Udo Giebler mit 150 000 RM.
b) Frau Martha Giebler geb. Karweik mit 100 000 RM.

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen bis auf weiteres in der Berliner Zeitung „Telegraf“ und bei Wiedererscheinen eines Reichsanzeigers oder entsprechender anderen Blattes auch in diesem.

B. 2517/Nz. Gebr. Mann Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Schöneberg Hauptstraße 26).

Gegenstand des Unternehmens: Die Fortführung der unter der Firma Gebr. Mann Berlin in Form einer offenen Handelsgesellschaft betriebenen Verlags- und Vertriebsunternehmung sowie die Beteiligung an verwandten Unternehmungen.

Stammkapital: 60 000 RM.

Sens. Bernhardt, Berlin hat Einzelprokura.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 24. Juni 1947 abgeschlossen und am 5. September 1947 abgeändert. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch jeden Geschäftsführer allein vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Kaufmann Kurt Hartmann, Berlin, Kaufmann Dr. Otto Hartmann, Berlin. Sie sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital wird in die Gesellschaft eingebracht von den Gesellschaftern Kurt Hartmann und Dr. Otto Hartmann das Geschäftsvermögen der bisherigen offenen Handelsgesellschaft in Firma Gebr. Mann, soweit es dem Verlagsunternehmen dient. Die eingebrachten Gegenstände und ihre Werte ergeben sich aus der Eröffnungsbilanz vom 1. Juli 1947. Das Unternehmen gilt von diesem Tage an als für die Rechnung der Gesellschaft geführt, ohne daß eine Ausgleichung auf den wirklichen Wert am Tage der Einlage stattfinden soll. Der Wert der Stammeinlage wird mit 60 000 RM. angenommen unter Anrechnung von je 30 000 RM. auf die Stammeinlage jedes Gesellschafter. Die Bekanntmachungen erfolgen, soweit dies gesetzlich erforderlich ist, im Deutschen Reichsanzeiger oder in dem sonst von der zuständigen Stelle als amtliches Mittelungsblatt bestimmten Organ.

B. 2518/Nz. TEWE Berlin Gesellschaft mit beschränkter Haftung Technische Werkstätte Berlin (Schöneberg, Geneststraße 7/8).

Gegenstand des Unternehmens: Die technische Herstellung und der Bau von Feinapparaturen aller Art sowie der Erwerb von gleichartigen Unternehmungen und die Beteiligung an solchen.

Stammkapital: 21 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 29. September 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Ingenieur und Konstrukteur Willi Thewes, Berlin, Kaufmann Heinrich Weiste, Berlin, Techniker Erich Wolter, Teltow bei Berlin.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch die Berliner Zeitung.

Veränderungen

B. 2519/Nz. Vereinigte Korkindustrie Aktiengesellschaft Berlin (Schöneberg, Badische Straße 52).

Die Prokura für Karl Aretz ist erloschen. Das Vorstandsmitglied Paul Scheck ist Vorsitzender des Vorstandes und alleinvertretungsberechtigt.

B. 704/Nz. Fritz Schemm Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Charlottenburg 4, Schlüterstraße 39).

Von Amts wegen berichtigend eingetragen. Die Prokura des Erwin Schulze beschränkt sich auf die Hauptniederlassung Berlin.

B. 1745/Nz. Semira Kosmetik Pharmazeutik Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (NW 7, Max-Reinhardt-Straße 37).

Die Prokura für Charlotte Holz ist erloschen.

B. 55 458. Märkische Wochenend-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (W 35, Magdeburger Platz 2).

Die Prokura des Dr. Erich Knollmann ist erloschen.

Abteilung 62

Neueintragungen

B. 2512/Nz. Beton-Werkstätten „BACO“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Wilmersdorf, Sigmaringer Straße 30).

Gegenstand des Unternehmens: Herstellung von Zementwaren und von Beton-Fertigbauteilen.

Stammkapital: 150 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 21. Dezember 1946 mit Abänderung vom 6. Januar 1947 abgeschlossen. Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer. Der Diplomingenieur Max Baars, Berlin, ist zum Geschäftsführer bestellt. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Der Gesellschaftsvertrag kann erstmalig zum 31. Dezember 1971 gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt sechs

Monate; wird die Kündigung nicht erklärt, so verlängert sich der Vertrag jeweils um fünf Jahre.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das Verordnungsblatt von Groß-Berlin.

B. 2513/Nz. Berliner B.-Lombard-Lombardhaus Kurt Penner Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Potsdamer Straße 57).

Gegenstand des Unternehmens: Beleihung von Bauland und hiermit zusammenhängende Geschäfte.

Stammkapital: 400 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 3. Juni 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Kaufmann Hans-Klaus Baidus, Berlin, Kaufmann Kurt Penner, Berlin. Die Gesellschaft ist erstmalig zum 30. Juni 1952 kündbar. Erfolgt keine Kündigung, so verlängert sie sich jeweils um zwei Jahre.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch die vom Handelsregister Berlin für seine Veröffentlichungen bestimmten Organe.

B. 2514/Nz. Druckpapier-Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (W 8, Friedrichstraße 32).

Gegenstand des Unternehmens: Erwerb und Vertrieb von Druckpapier.

Stammkapital: 100 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 31. Mai 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Kaufmann Etienne Vité, Berlin, Kaufmann Erhard Merker, Sperchhausen bei Eberswalde.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Zentralverordnungsblatt der sowjetischen Besatzungszone. Wird ein behördliches Bekanntmachungsorgan für einen größeren, die jetzige sowjetische Besatzungszone mit umfassenen Teil Deutschlands geschaffen, so wird dieses Organ Bekanntmachungsorgan der Gesellschaft.

Veränderungen

B. 63/Nz. Freienwalder Kirchen-Ziergelei Gesellschaft mit beschränkter Haftung, (Berlin-Schmargendorf, Weinheimer Straße 7).

Dr. jur. h. c. Walter Behrend ist zum Geschäftsführer bestellt.

B. 1655/Nz. Europa-Magazin Verlagsgesellschaft mit beschränkter Haftung, (Berlin N 65, Seestraße 54).

Irmgard Fassl geb. Köhn ist nicht mehr Geschäftsführerin. Karl Heinz Zois, Verlagsbuchhändler, Berlin, ist zum Geschäftsführer bestellt.

Lösungen

B. 1958/Nz. Gebrüder Goodhart Aktiengesellschaft (Berlin W 15, Kurfürstendamm 214).

Der Sitz ist nach Lübeck verlegt, die Firma darum hier gelöst.

B. 58 973. Asien-Kontor Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin-Wannsee, Bismarckstraße 24 25).

Der Sitz ist nach Wiesbaden verlegt, die Firma darum hier gelöst.

Am 28. November 1947:

Neueintragung

B. 2520/Nz. Christophorus-Verlag, Berlin Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (N 20, Belfmannstraße 92).

Gegenstand des Unternehmens: Verlags- und Buchhandlungsgeschäfte aller Art.

Stammkapital: 20 000 RM.

Prokuristen: Josef Dewald, Freiburg i. Br., Frau Maria Appl, Berlin, jeder von ihnen vertritt gemeinschaftlich mit einem Geschäftsführer oder einem anderen Prokuristen.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 15. August 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch jeden Geschäftsführer allein vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Verleger Dr. Theo Herder-Dornreich, Freiburg i. Br., Verlagsdirektor Dr. Josef Knecht, Freiburg i. Br.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das amtliche Publikationsorgan des Registers.

Veränderungen

B. 102/Nz. Berliner Wohn- und Geschäftshaus Gesellschaft mit beschränkter Haftung, (Berlin NW 7, Dorotheenstraße 44).

Karl Meyer ist nicht mehr Geschäftsführer. Walter Toepert und Charles Andresen sind zu Geschäftsführern bestellt.

B. 211/Nz. Cellaro Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Post- und Glückwunschkartenfabrik (Berlin SW 29, Urbanstraße 43).

Prokura: Eduard Gerhard, Berlin. Er vertritt mit einem Prokuristen. Die Prokura des Heinrich Locke ist erloschen.

B. 59 634. BMW Flugmotorenbau Gesellschaft m. b. H. Niederlassung Berlin, Stadtbüro (Berlin-Charlottenburg, Gutenbergstraße 5).

Bruno Bruckmann ist nicht mehr Geschäftsführer.

Am 29. November 1947:

Veränderung

B. 2523/Nz. Berliner Asphalt-Gesellschaft Kopp & Cie. Aktiengesellschaft, (Berlin NW 87, Kaiserin-Augusta-Allee 12/13).

Julius Buckler ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Durch Beschluß der Hauptversammlung vom 7. Oktober 1947 ist die Satzung in §§ 18 (Ort der Hauptversammlung) und 17 S. 2 (Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder) geändert.

Lösungen

B. 55 059. „Delta“ Gesellschaft für Seifenindustrie mit beschränkter Haftung (Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 46/47).

Der Sitz ist nach Hamburg verlegt, die Firma darum hier gelöst.

B. 59 737. Drah-Gesellschaft mit beschränkter Haftung Zweigstelle Berlin (O 17, Alt-Stralau 4).

Die Zweigniederlassung ist aufgehoben.

Am 28. November 1947, Abteilung 64.

Neueintragung

B. 2521/Nz. Friedrich Wilhelm Liebig Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin (Neukölln Thüringer Straße 17).

Gegenstand des Unternehmens: Der Großhandel mit Elektro-, Radio- und Musikwaren, deren Herstellung und die Unterhaltung einer einschlägigen Reparaturwerkstatt.

Stammkapital: 100 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. November 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch jeden Geschäftsführer allein vertreten. Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann Friedrich Wilhelm

Liebig, Berlin bestellt. Die Gesellschaft endet am 31. Juli 1948. Sie verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn nicht unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 6 Monaten zum Schluß des Wirtschaftsjahres der Gesellschaft von einem Gesellschafter gegenüber allen anderen Gesellschaftern gekündigt wird. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das Verordnungsblatt für Groß-Berlin.

Veränderung

B. 934/Nz. Saube & Mielke Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Wilmsdorf, Waghäuser Straße 9/10). Die Einzelprokura des Bruno Thomas ist in eine Gesamtprokura umgewandelt. Er vertritt die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer. Der Ingenieur Reinhard Saube ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt.

Am 29. November 1947:

Neueintragung

B. 2522/Nz. Rustemeyer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Schöneberg, Geneststraße 5). Gegenstand des Unternehmens: Der Betrieb einer Fotokopieranstalt, die Herstellung von Retuschen und die Anfertigung von Vergrößerungen auf photographischem Wege.

Stammkapital: 20 000 RM.
Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 5. September 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zum Geschäftsführer ist der Diplombauingenieur Dr. Victor Krüger, Berlin, bestellt.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital werden in die Gesellschaft eingebracht von der Gesellschafterin Frau Melanie Rustemeyer a) ein Aufnahmegerät F. T. Kontophot Nr. 920, b) ein Vergrößerungsgerät Kontophot 1867 zum angenommenen Wert von 2000 RM.

Veränderungen

B. 2073/Nz. Oel-Geetze Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Zehlendorf, Am Lappigen 19). Durch Beschluß der Gesellschafter vom 21. November 1947 ist der Gesellschaftsvertrag geändert in § 3 (Stammkapital), § 8 und durch Einfügung des § 11. Das Stammkapital ist um 25 000 RM auf 45 000 RM erhöht.

B. 2142/Nz. „Weener-Werksätten“ Helmut Schoeppe & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, (Berlin-Halensee, Cicerostraße 36). Durch Beschluß der Gesellschafter vom 23. Oktober 1947 ist der Gesellschaftsvertrag geändert in § 1 (Firma). Die Firma lautet fortan: Weener Werkstätten Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Am 1. Dezember 1947:

Veränderungen

B. 502/Nz. Triasdruck Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin (NW 7, Dorotheenstraße 41). Oberingenieur Fritz Damrow ist als Liquidator abberufen. Durch Anordnung des Magistrats von Groß-Berlin, Abteilung für Volksbildung, vom 5. Dezember 1946 ist der Ingenieur Paul Scholz, Berlin, zum Treuhänder bestellt.

B. 1098/Nz. Patentbau Hoch-, Tief- und Brückenbau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Nikolassee, Mutterhornstraße 104). Paul Großmann-Bredow ist zum Geschäftsführer bestellt.

B. 2158/Nz. Vereinigte Vertriebs- und Aktiengesellschaft Zweigniederlassung Berlin, Berlin W 8, Französische Straße 49). Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, einem einzelnen Vorstandsmitglied die Alleinvertretung zu übertragen. Zu weiteren Vorstandsmitgliedern sind bestellt: Kaufmann Dr. Otto Meynen in Münchenberg (Oberfranken), Kaufmann Karl Liphardt in Hannover. Die Vorstandsmitglieder Dr. Franz Reuter und Dr. Otto Meynen sind jeder für sich befugt, die Gesellschaft allein zu vertreten.

Am 2. Dezember 1947, Abteilung 62.

Neueintragungen

B. 2524/Nz. Gerling-Konzern Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft Zweigniederlassung Berlin (-Charlottenburg, Hardenbergstraße 8), Zweigniederlassung der unter der Firma Gerling-Konzern Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft in Köln bestehenden Hauptniederlassung. Gegenstand des Unternehmens: Der Betrieb folgender Versicherungszweige: 1. Feuerversicherung; 2. Versicherung gegen Einbruch-Diebstahl und Brand; 3. Versicherung gegen Wasserleitungsschäden; 4. Transportversicherung; 5. Unfall- und Haftpflichtversicherung; 6. Versicherung gegen Schäden durch Aufruhr; 7. Einheitsversicherung. Andere Versicherungszweige kann die Gesellschaft mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde aufnehmen, jedoch nicht in der Lebensversicherung (einschl. der Renten-, Invaliditäts-, Pensions- und Sparversicherung).

Stammkapital 14 000 000 RM.
Prokuristen: Franz Lauer, Köln, Dr. Erich Kammer, Köln, Dr. Josef Müller, Köln, Werner Killan, Köln, Dr. Herbert Küsters, Köln. Jeder von ihnen vertritt gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied oder einem Prokuristen.

Rechtsverhältnisse: Aktiengesellschaft. Die Satzung ist am 23. Februar 1918 festgestellt, nach mehrfachen Änderungen am 19. Juli 1938 neu gefaßt und sodann am 9. Juli 1942 wiederum geändert. Der Vorstand besteht aus mehreren Mitgliedern. Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Jedoch ist der Aufsichtsrat ermächtigt, einzelnen Vorstandsmitgliedern die Befugnis zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft zu erteilen. Vorsitz des Vorstandes ist Walter Forsttreiter. Er und Dr. Hans Gerling haben Alleinvertretungsrecht. Edgar Prang ist stellvertretendes Vorstandsmitglied.

B. 2525/Nz. Eisengießerei Behrmann & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-SW 68, Gitschiner Straße 65). Gegenstand des Unternehmens: Einrichtung und Betrieb von Eisengießereien und Verwertung von Eisengießereiprodukten jeglicher Art sowie Fortführung des bisher unter der Firma Eisengießerei Behrmann & Sponholz zu Berlin betriebenen Unternehmens.

Stammkapital: 50 000 RM.
Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 15. Mai 1947 abgeschlossen. Zu Geschäftsführern mit Alleinvertretungsrecht sind bestellt: Fabrikant Harry Behrmann, Berlin, Kaufmann Dr. Bodo Sponholz, Berlin.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital wird in die Gesellschaft eingebracht von den Gesellschaftern Harry Behrmann und Dr. Bodo Sponholz die ihnen gemeinsam gehörende Firma Eisengießerei Behrmann & Sponholz, Berlin SW 68, Gitschiner Straße 65, zum angenommenen Werte von 23 641,82 RM unter Anrechnung von je 11 820,91 RM auf eine jede der Stammeinlagen der beiden Gesellschafter.

B. 2526/Nz. Baumann & Co. Maschinen und Apparatevorrichtungsbau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Reinickendorf, Auguste-Viktoria-Allee 18-20). Gegenstand des Unternehmens: Fortführung des bisher unter der Firma „Maay“ Maschinen und Apparate-Vorrichtungsbau Baumann & Co. Kommanditgesellschaft betriebenen Handelsgeschäfts, insbesondere Herstellung und Reparatur von Maschinen und Apparaten aller Art.

Stammkapital: 26 000 RM.
Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 21. Juli 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Zu Geschäftsführern sind bestellt: Kaufmann Frau Gertrud Baumann, geb. Hartmann, Berlin, Kaufmann Frau Irene Grupp, geb. Bennowitz, Berlin. Sie haben beide Alleinvertretungsrecht. Die Gesellschaft ist kündbar nach Maßgabe des § 9 des Gesellschaftsvertrages.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital werden in die Gesellschaft eingebracht von den Gesellschafterinnen Frau Gertrud Baumann und Frau Irene Grupp die im Gegenstand des Unternehmens bezeichnete Kommanditgesellschaft zum angenommenen Werte von 26 000 RM unter Anrechnung von je 13 000 RM auf die Stammeinlagen der beiden Gesellschafterinnen.

B. 2527/Nz. Bergemann & Co. Speditionsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-N 4, Chausseestraße 57). Gegenstand des Unternehmens: Die Ausführung von Speditionsgeschäften, insbesondere die Errichtung und Durchführung von Spezial- und Sammelverkehr auf Schiene und Straße sowie Interzonen-, Auslands- und Übersee-Verkehr sowie der Transport von temperaturempfindlichen Gütern.

Stammkapital: 21 000 RM.
Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 10. Oktober 1947 abgeschlossen. Der Speditur Friedrich Reichl, Birkenwerder bei Berlin, ist zum Geschäftsführer bestellt.

Veränderungen

B. 6/Nz. Deutsche Boden- und Kaufhaus Verwaltungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin SW 68, Krausenstraße 46-49). Prokurist: Theo Baumeister in Hamburg. Er vertritt in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder mit einem Prokuristen.

B. 97/Nz. Deutsche Treuhand-Gesellschaft (Berlin-Charlottenburg 9, Würtembergallee 1). Die Prokura für Dr. Werner David ist erloschen. Dr. Werner David, Wirtschaftsprüfer, Berlin, ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt. Gerg Horschig ist nicht mehr Vorstandsmitglied.

Die Eintragung wird für die Zweigniederlassung mit Firmenzusatz Zweigniederlassung Düsseldorf beim Amtsgericht Düsseldorf erfolgen.

Abteilung 64. Neueintragungen

B. 2528/Nz. Verlag „Unterwegs“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Reinickendorf-Ost, Breitkopfsstraße 140). Gegenstand des Unternehmens: Der Verlag von Büchern und Zeitschriften und der Handel mit buchhandelerischen Erzeugnissen aller Art.

Stammkapital: 20 000 RM.
Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 7. Februar 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zu Geschäftsführern sind Pastor Wolf-Dieter Zimmermann, Berlin, Verlagsbuchhändler Alfred Hannemann, Berlin, bestellt.

B. 2529/Nz. E. C. Loesche Zerkleinerungstechnik Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Lankwitz, Mozartstraße 15). Gegenstand des Unternehmens: Die Projektierung, Herstellung und Lieferung von Anlagen und Maschinen für die Baustoffindustrie, für die Industrie von künstlichen Düngemitteln, für den Bau von Kohlenmahlanlagen, für Kraftwerke und andere Zwecke, sowie für alle Gebiete, bei denen die Zerkleinerungstechnik eine besondere Rolle spielt, und ähnliche Anlagen; die Errichtung von Zweigbetrieben gleicher Art, die Vergabe von Lizenzen, beratende Tätigkeit auf dem Gebiete des Unternehmens sowie alle sonstigen dem Unternehmen dienenden kaufmännischen Geschäfte.

Stammkapital: 50 000 RM.
Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Juni 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Gesellschafter können beschließen, daß Geschäftsführer allein zur Vertretung der Gesellschaft befugt sind, und daß der allein vertretungsberechtigten Gesellschafter von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit ist. Zum Geschäftsführer ist der Ingenieur Johannes Steyer, Berlin, bestellt.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Veröffentlichungen der Gesellschaft erfolgen nur im Verordnungsblatt von Groß-Berlin oder in dem später etwa an dessen Stelle tretenden Verordnungsblatt.

B. 2530/Nz. Lankwitzer Handelshaus, Handelsvertretung in Industriewaren, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Lankwitz, Dessauer Straße 22). Gegenstand des Unternehmens: Die Fortführung des von Herrn Karl von Langon in Berlin-Lankwitz, Apoldner Straße 45, unter der Firma von Langon & Co. geführten Betriebes Vertrieb von Industriewaren jeglicher Art im In- und Ausland, die Errichtung und der Erwerb gleicher Unternehmen und die Beteiligung an solchen, ferner die Durchführung aller geschäftlichen Handlungen, die der Förderung eigener Unternehmen oder solcher, an denen die Gesellschaft beteiligt ist, dient.

Stammkapital: 20 000 RM.
Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 24. Juli 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Kaufmann Karl von Langon, Berlin, Kaufmann Werner Rauthe, Berlin. Sie sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Veröffentlichungen der Gesellschaft erfolgen in dem vom Registergericht für seine Veröffentlichungen benutzten Organ.

Veränderungen

B. 318/Nz. V. D. I.-Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (NW 7, Unter den Linden 12). Fritz Damrow ist nicht mehr Liquidator. Paul Scholz ist zum Treuhänder bestellt.

B. 845/Nz. Metall- und Farbwerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Wilmsdorf, Helmstedter Straße 21). Durch Beschluß der Gesellschafter vom 25. Oktober 1947 ist der Gesellschaftsvertrag geändert in § 1 (Firma). Die Firma lautet nunmehr: Eisen- und Metallwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

B. 1004/Nz. Hans Windhoff Apparate- und Maschinenfabrik Aktiengesellschaft, Berlin (Friedenau, Bennisgasse 20-22).
Albert Schulte ist nicht mehr stellvertretendes ordentliches Vorstandsmitglied.

B. 1503/Nz. Ingenieurbau-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Dahlem, Haderslebener Straße 6).
Der Bauingenieur Hans Rathjen, Berlin, ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt.

Am 3. Dezember 1947. Abteilung 62.

Veränderungen

B. 2343/Nz. H. Berthold Messinglinienfabrik und Schriftgießerei Aktien-Gesellschaft, Berlin SW 61, Franz-Mehring-Straße 88.

Durch Beschluß der Hauptversammlung vom 28. Oktober 1947 ist die Satzung geändert in §§ 3 (Bekanntmachungen), 5 (Aktienart), 10 (Vertretung), 18 (Ort der Hauptversammlung), 19 (Einberufung der Hauptversammlung), 20 (Voraussetzungen für die Teilnahme und Stimmrechtsausübung in der Hauptversammlung). Das Vorstandsmitglied Carl Graumann hat Alleinvertretungsrecht.

Als nicht eingetragen wird noch bekanntgemacht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen fortan durch das amtlich vorgeschriebene Blatt.

B. 51 580. Eisnerhaus Aktiengesellschaft (Berlin SW 68, Oranienstraße Nr. 140-142).

Zu Notvorstandsmitgliedern sind gemäß § 76 Akt.-Ges. durch das Gericht bestellt: cand. Wirtsch.-Ing. Gerhard Eisner, Berlin, Kaufmann Konrad Bolle, Berlin-Nikolassee. Ein jeder von ihnen hat Alleinvertretungsrecht.

B. 2536/Nz. Diamant Gasglühlicht Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin O 34, Gubener Straße 47).

Der Geschäftsführer Wilhelm Peske ist verstorben August Geve, Kaufmann, Berlin, ist zum Geschäftsführer bestellt.

B. 2535/Nz. Bötzw-Bräustübli Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin W 50, Kankestraße 1).

Hugo Scherzer ist nicht mehr Geschäftsführer.

Löschung

B. 59 398. Deutscher Seeverkehr Erich Lübbert & Co. Aktiengesellschaft (Berlin-Wilmersdorf, Mecklenburgische Straße 57).

Der Sitz ist nach Hamburg verlegt, die Firma darum hier gelöscht.

Abteilung 64.

Neueintragungen

B. 2531/Nz. Frithjof Lewin Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Britz, Havermannstraße 6).

Gegenstand des Unternehmens: Die Fabrikation von Blusen, Kleidern, Röcken und sonstiger Damenoberbekleidung sowie die Beteiligung an Unternehmen der vorstehenden Art.

Stammkapital: 20 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 16. Dezember 1946 abgeschlossen. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann Frithjof Lewin, Berlin, bestellt. Die Gesellschaft kann von jedem Gesellschafter unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Jahr, jeweils zum Jahresende, gekündigt werden.

B. 2532/Nz. Elfriede Wendlandt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (W 8, Kronenstraße 61-63).

Gegenstand des Unternehmens: Die Fabrikation von Blusen, Kleidern, Röcken und sonstiger Damenoberbekleidung sowie die Beteiligung an Unternehmen der vorstehenden Art.

Stammkapital: 20 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 16. Dezember 1946 abgeschlossen. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann Frithjof Lewin, Berlin, bestellt. Die Gesellschaft kann von jedem Gesellschafter unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Jahr, jeweils zum Jahresende, gekündigt werden.

B. 2533/Nz. Tonfilm-Apparatebau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Wilmersdorf, Durlacher Straße 2).

Gegenstand des Unternehmens:

a) Die Herstellung von Projektoren, Verstärkern und allen sonstigen Teilen für den von dem Ingenieur Denes von Mihaly entwickelten Schmaltonfilmprojektor, welcher mit sogenanntem optischen Ausgleich der Bildwandelung arbeitet mittels stetig rotierender optischen Elementen und mit kontinuierlicher Filmführung, wobei die Tonwiedergabe — im Gegensatz zu anderen Tonfilmapparaten — nicht mit einer mikrooptischen Abhörvorrichtung, sondern nach dem ebenfalls von dem Ingenieur Denes von Mihaly erfundenen Projektionsystem erfolgt (vergl. Hütte „Des Ingenieurs Taschenbuch“, Band IV, Seite 1003).

b) die Beschaffung von Zubehörteilen (wie Motoren, Lampen, optischen Teilen usw.) für die Fabrikation;

c) der Bau von besonderen Modellen Verbesserungen und Neuerungen und die Weiterentwicklung der obigen Erfindung;

d) der etwaige Bau von Kleinbild-Projektoren für das Format 24x36 mm für die folgenden Länder: Deutschland, die gesamte UdSSR, Frankreich, Belgien, Holland, Italien, Jugoslawien, Griechenland, Polen, Spanien, Portugal, Luxemburg, Bulgarien, Rumänien, Albanien, Türkei und den Kolonialbesitz der vorgenannten Staaten. Der Bau von Kleinbild-Projektoren (s. Buchstabe d) ist jedoch für Deutschland ausgenommen.

Stammkapital: 40 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 12. September 1947 abgeschlossen und am 17. Oktober 1947 abgeändert. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch jeden Geschäftsführer allein vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Verleger Walter Pachtick, Berlin, Kaufmann Wally Lowenz, Berlin. Der Gesellschaftsvertrag wird für die Zeit bis zum 31. Dezember 1952 geschlossen und verlängert sich automatisch jeweils um weitere 5 (fünf) Jahre, falls die Kündigung nicht sechs Monate vorher schriftlich angezeigt wird.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital wird in die Gesellschaft eingebracht von dem Gesellschafter Denes von Mihaly die bereits vorhandenen und etwaigen künftigen Konstruktionen, Werkstattzeichnungen und Modelle für ein von ihm erfundenes Schmaltonfilm-Projektionsgerät zum angenommenen Wert von 10 000 RM. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das Verordnungsblatt für Groß-Berlin.

Veränderungen

„Owest“ Optische Werkstattgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Tempelhof, Burchardstraße 9).

Durch Beschluß der Gesellschafter vom 10. November 1947 ist die Gesellschaft aufgelöst. Zu Liquidatoren sind bestellt: Ingenieur Paul Rauhoff, Berlin, Kaufmann Hans Otto Hart, Berlin, Ingenieur Wilhelm Winter, Berlin. Die Liquidatoren vertreten gemeinsam.

B. 1923/Nz. Wildfrucht-Chemie Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Steglitz, Birkenbuschstraße 37-39).

Durch Beschluß der Gesellschafter vom 6. November 1947 ist das Stammkapital um 125 000 RM auf 170 000 RM erhöht und der Gesellschaftsvertrag entsprechend geändert.

B. 2075/Nz. Palm und Preis Großhandlung kosmetischer und chemischer Erzeugnisse Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (NW 21, Alt-Moabit 14).

Günther Schumacher, Berlin, Frau Ilse Carnuth, Berlin, haben Gesamtprokura. Durch Beschluß der Gesellschafter vom 10. November 1947 ist das Stammkapital um 10 000 RM auf 90 000 RM erhöht und der Gesellschaftsvertrag entsprechend geändert.

B. 55 393 (2534/Nz.). Mika Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (SO 36, Manteuffelstraße 81).

Durch Beschluß der Gesellschafter vom 31. Juli bzw. 24. November 1947 ist der Gesellschaftsvertrag geändert in § 1 (Firma), § 5 (Vertretung) und § 6. Die Firma lautet fortan: Elektrotechnische Fabrik Mika Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer. Jeder Geschäftsführer hat Alleinvertretungsbezugnis. Zum weiteren Geschäftsführer ist der techn. Kaufmann Joachim Milchert, Berlin, bestellt.

Löschung

B. 45/Nz. „Kosmos“ Gesellschaft für internationalen Austausch industrieller Erfahrungen mit beschränkter Haftung, Berlin (W 30, Molzstraße 38).

Der Sitz der Gesellschaft ist nach Hannover verlegt, die Firma darum hier gelöscht.

Am 4. Dezember 1947. Abteilung 62.

Neueintragungen

B. 2537/Nz. Albrecht-Garage Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Steglitz, Albrechtstraße 59/60).

Gegenstand des Unternehmens: Vermietung von Garagen, Betrieb von Tankstellen nebst einer Reparaturwerkstatt für Kraftfahrzeuge, insbesondere Fortführung des von dem Gesellschafter Heinz Wolschke unter der Bezeichnung „Albrecht-Garage Heinz Wolschke“ betriebenen Garagen-Unternehmens sowie Abschluß sämtlicher hiermit im Zusammenhang stehender Rechtsgeschäfte.

Stammkapital: 20 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 4. September 1947 abgeschlossen. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Kaufmann Heinz Wolschke, Berlin, Frau Hildegarde Wolschke, geb. Fritzsche, Berlin-Wansee. Jeder von ihnen hat Alleinvertretungsrecht.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital werden in die Gesellschaft eingebracht von dem Gesellschafter Heinz Wolschke die in der Anlage zum Gesellschaftsvertrag aufgeführten Sachwerte zum angenommenen Werte von 10 000 RM unter Anrechnung auf seine Stammeinlage. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das amtliche Publikationsorgan der Stadt Berlin.

B. 2538/Nz. Berliner Fleischwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Charlottenburg 4, Schlüterstraße 391).

Gegenstand des Unternehmens: Ankauf und Verwertung von Schlachtvieh, Fleisch und Fleischwaren zum Zwecke der Versorgung größerer Verbrauchermassen sowie auch Lagerung, Vertrieb und Versand von Fleisch und Fleischwaren eigener oder fremder Erzeugung sowie Vornahme aller damit zusammenhängender Geschäfte.

Stammkapital: 20 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 31. Oktober 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Großschlächtermeister Paul Hentschel, Berlin, Kaufmann Franz Jasinski, Berlin, Fleischermeister Karl T. Becker, Berlin, Großschlächter Karl Kucklik, Berlin.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das am Sitz der Gesellschaft amtlich zugelassene Publikationsorgan.

Veränderung

B. 1345/Nz. „Globe Bühnen-Vertrieb“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin W 15, Kurfürstendamm 171/172).

Gerhard Grundel ist nicht mehr Geschäftsführer. Heinz Ullstein, Verleger, Berlin, ist zum Geschäftsführer bestellt.

Abteilung 64.

Neueintragung

B. 2539/Nz. Spandheimer & Grundel Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (C 2, Spandauer Straße 10).

Gegenstand des Unternehmens: Die Herstellung und der Vertrieb von Herren- und Knabenbekleidung.

Stammkapital: 70 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 31. Oktober 1947 abgeschlossen. Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer, die gemeinsam vertretungsberechtigt sind. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Kaufmann Theodor Spandheimer, Berlin, Zuchner Albert Grundel, Berlin. Die Kündigungsfrist der Gesellschaft beträgt sechs Monate zum Jahreschluß.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital werden in die Gesellschaft eingebracht von dem Gesellschafter Spandheimer Inventarien und Waren zum angenommenen Wert von 10 700 RM und von dem Gesellschafter Grundel Inventarien und Waren zum angenommenen Wert von 9600 RM unter Anrechnung auf die jeweiligen Stammeinlagen. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen bis zu einer anderweitigen Regelung im Verordnungsblatt für Groß-Berlin.

Veränderungen

B. 717/Nz. Ringel-Waren Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Schöneberg, Kulmer Straße 14).

Arthur Janicke ist nicht mehr Geschäftsführer.

B. 2540/Nz. Vereinigte Lausitzer Glaswerke Aktiengesellschaft, Berlin (SO 36, Lausitzer Straße 10/11).

Die Prokuren Josef Jacksch, Herbert Geyer und Martin Fulda sind erloschen. Durch Beschluß der Hauptversammlung vom 24. September 1947 ist die bisherige Zeichnungserlassung Berlin in die Hauptniederlassung umgewandelt und die Satzung entsprechend geändert.

Am 5. Dezember 1947. Abteilung 62.

Neueintragungen

B. 2542/Nz. Elektrizitätswerk und Straßenbahn, Aktiengesellschaft, Berlin (Charlottenburg, Umlandstraße 7/8).

Gegenstand des Unternehmens: Erwerb und Betrieb elektrischer Anlagen jeder Art, insbesondere der Elektrizitätswerke und Straßenbahn Landsberg (Warthe).

Stammkapital: 2 275 000 RM.

Prokurist: Ghevert Fiehrer von Rössing, Berlin. Er vertritt die Gesellschaft gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied oder einem Prokuristen.

Rechtsverhältnisse: Aktiengesellschaft. Die Satzung ist am 16. Juni 1900 festgestellt und wiederholt, zuletzt am 30. Januar 1942, geändert. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Durch Beschluß der Hauptversammlung vom 12. August 1947 ist die Satzung in § 1 (Sitz) geändert. Der Sitz ist von Landsberg (Warthe) nach Berlin verlegt.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Das Grundkapital zerfällt in 1750 Inhaberk Aktien-Stammaktien zu je 1300 RM.

Veränderungen

B. 788/Nz. Deutsche Reichsbahn-Sterbekasse Lebensversicherungsverein a. G. (Berlin W 15, Knesebeckstraße 59-61).

Prokurist: Heinrich Wüggott in Elmshora bei Hamburg. Er vertritt in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied oder mit einem Prokuristen. Karl Volke ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Redel Lück, Reichsbahnarzt, Hamburg-Groß-Flottbeck, Oskar Rist, Reichsbahnmann, Stuttgart-Degerloch, Martin Hammerle, Reichsbahnmann i. R., Karlsruhe-Mühlberg, Georg Mietz, Reichsbahnoberinspektor, Berlin-Schöneberg, sind zu Vorstandsmitgliedern bestellt.

B. 2548/Nz. Otto Conrad Eisenbahn- und Tiefbau-Aktiengesellschaft (Berlin-Halensee, Hektorstraße 8).

Durch Beschluß der Hauptversammlung vom 17. Oktober 1947 ist § 11 der Satzung (Vergütung des Aufsichtsrats) geändert.

B. 2549/Nz. Curt Fischer & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin C 2, Neue Königstraße 71).

Durch Gesellschafterbeschluß vom 15. November 1947 ist der Gesellschaftsvertrag erneut geändert in § 6 (Vertretung der Gesellschaft), § 7 (Aufhebung der Einsetzung eines Aufsichtsrats), § 8 (Angelegenheiten), die der Bestimmung der Gesellschafter unterliegen) und § 9 (Bekanntmachungen der Gesellschaft). Adolf Albers, Berlin, ist zum Prokuristen bestellt. Er vertritt die Gesellschaft gemeinsam mit einem anderen Prokuristen oder einem Geschäftsführer.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch die „Berliner Zeitung“.

Löschung

B. 54 965 Farge-Vogelsack Eisenbahn-Gesellschaft (Berlin-Wilmersdorf, Mecklenburgische Straße 57).

Der Sitz der Gesellschaft ist nach Hamburg verlegt, die Firma darum hier gelöscht.

Am 6. Dezember 1947.

Veränderungen

B. 1326/Nz. Densertwerke Aktiengesellschaft (Berlin SW 29, Pidiestraße 40).

Durch Beschluß der Hauptversammlung vom 26. September 1947 ist die Satzung geändert in §§ 3 (Bekanntmachungen der Gesellschaft), 13 Abs. 2 (Eröffnung der Hauptversammlung) und 14 (Teilnahme in der Hauptversammlung).

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger. Solange der Deutsche Reichsanzeiger nicht herausgegeben wird, gilt das Verordnungsblatt für Groß-Berlin oder ein vom Registergericht zu bestimmendes Blatt als Gesellschaftsblatt.

B. 1614/Nz. Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft Zweigniederlassung Berlin (Berlin-Schöneberg, Weststraße 59).

Die Prokura des Friedrich Elze, Gerhard Körner, Richard Poppe, Dr. Hans Puhl, Oskar Teichgraber, Kurt Kersten, Georg Kim und Hermann Reutter ist erloschen.

Am 8. Dezember 1947.

Veränderung

B. 55 903. Deutsche Bank (Berlin W 30, Viktoria-Luise-Platz 9).

Die Firma der Zweigniederlassung in Freiburg i. Br. ist geändert, und zwar durch Anordnung Nr. 25 des Commandant en Chef über Zwangsverwaltung und Umbenennung verschiedener Banken vom 29. September 1947 (Journal Officiel Nr. 112 vom 1. Oktober 1947, Seite 1134).

Die Firma der Zweigniederlassung in Freiburg i. Br. lautet jetzt: „Ober-rheinische Bank.“

Am 9. Dezember 1947.

Neueintragungen

B. 2552/Nz. ARANI-Verlags-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Wilmersdorf, Babelsberger Straße 40/41).

Gegenstand des Unternehmens: Verlag, Druck und Herausgabe von Büchern und Broschüren.

Stammkapital: 20 000.— RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 11. September 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Der Redakteur Arno Scholz, Berlin, ist zum Geschäftsführer bestellt. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in der Berliner Zeitung „Telegraf“ und bei Erscheinung eines Reichsanzeigers oder entsprechenden anderen Blattes auch in diesem.

Amtsgesicht Berlin-Mitte

III. Bekanntmachungen der Wirtschaft

Leipziger Hagel Versicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit von 1824 zu Berlin

Die ordentliche Hauptversammlung findet am Mittwoch, dem 23. Juni 1948, um 10.30 Uhr, in Hannover, Fürstenzimmer im Hauptbahnhof, statt. Teilnahme- und Stimmaberechtigung ist durch den in Kraft befindlichen Versicherungsschein nachzuweisen.

Tagesordnung:

1. Vorlegung des Jahresberichtes und des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1947.
2. Bericht der Prüfungskommission.
3. Beschlußfassung über die Genehmigung des Jahresberichtes und Richtig-sprechung der Jahresrechnung für das Jahr 1947.
4. Entlastung der Verwaltung.
5. Anträge des Vorstandes bzw. der Mitglieder.
6. Wahlen zum Verwaltungsrat.
7. Verschiedenes.

Berlin, den 1. Juni 1948.

Leipziger Hagel Versicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit von 1824 zu Berlin

Die Direktion
Dr. Haberland

Deutsche Zündholzfabriken Aktiengesellschaft

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der am 14. Juli 1948, um 17 Uhr in der Kanzlei des Notars Carl Lindenberg, Berlin W 15, Meineke-straße 25 stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung eingeladen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über die Geschäftsjahre 1946 und 1947 sowie Vorlage der Jahresabschlüsse für 1946 und 1947.
2. Genehmigung der Jahresabschlüsse für 1946 und 1947.
3. Entlastung des Aufsichtsrats und des Vorstandes.
4. Wahl eines Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1948.
5. Wahlen zum Aufsichtsrat.
6. Verschiedenes.

Zur Teilnahme sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, welche spätestens am dritten Werktag vor der anberaumten Hauptversammlung während der üblichen Geschäftsstunden entweder ihre Aktien bei der Gesellschaftskasse, der Svenska Tändsticks Aktieförbundet in Jönköping (Schweden) oder bei einem deutschen Notar hinterlegt haben.

Berlin, den 26. Mai 1948

Der Vorstand

Handelsgesellschaft für Grundbesitz in Berlin-Charlottenburg 9, Bayernallee 22

Aufforderung zum Aktienumtausch

Durch Beschluß der Hauptversammlung am 18. Oktober 1947 ist § 6 der Satzung unserer Gesellschaft dahin geändert, daß die Aktien der Gesellschaft, die bisher sämtlich auf den Inhaber lauten, in Namensaktien umgewandelt sind. Wir fordern hiermit unsere Aktionäre auf, ihre Aktienurkunden nebst Erneuerungsscheinen bei der Kasse unserer Gesellschaft in Berlin-Charlottenburg 9, Bayernallee 22,

zwecks Umtausch spätestens bis zum 1. November d. J. unter Angabe von Vor- und Zunamen, Wohnung und Stand des Aktionärs einzureichen. Aktien, die bis zum Ablauf dieses Zeitpunktes nicht zum Umtausch eingereicht sind, können gemäß § 67 des Aktien-Gesetzes für kraftlos erklärt werden. Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat durch Beschluß vom 2. April 1948 die Genehmigung zur Kraftloserklärung erteilt. Die Kraftloserklärung wird hierdurch angedroht. Soweit Aktionäre nicht in der Lage sind, ihre Inhaberk Aktien einzureichen, fordern wir sie auf, ihre Aktienrechte sowie die Gründe, aus denen sich die Unmöglichkeit der Einreichung der Aktienurkunden ergibt, glaubhaft nachzuweisen. Nach Ablauf der Umtauschfrist wird nach pflichtgemäßer Prüfung über die Aushändigung von Namensaktien an diese Aktionäre entschieden werden.

Berlin, den 21. Mai 1948.

Der Vorstand

Berlin Neuroder Kunststätten Aktiengesellschaft, Berlin

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

1. Herr Joseph Lothar Steib, München, Linprunstraße 90.
2. Herr Dr. Otto Lenz, Berlin-Charlottenburg 4, Schlüterstraße 74.
3. Herr Dr. Eugen Grünwald, Berlin-Steglitz, Kingsorstraße 10.
4. Herr Dr. Joachim Keßler, Hamburg, Alter Wall 57.
5. Herr Dr. Joseph Müller, München, Gedonstraße 4.
6. Herr Dr. Ludwig Holbeck, Berlin-Zehlendorf, Goethestraße 42.

Der Vorstand

Kraftloserklärung von Versicherungsscheinen

Folgende Versicherungsscheine bzw. Auszüge sind verlorengegangen:

- P. Nr. 244 343 auf den Namen Alexander von Quistorp
- P. Nr. 254 148 auf den Namen Max Sieben.
- P. Nr. 608 295 auf den Namen Carl Eckart.
- P. Nr. 608 295 auf den Namen Carl Eckart.
- P. Nr. 608 859 auf den Namen Paul Kirschbaum.
- P. Nr. 609 375 auf den Namen Ernst Schade.
- P. Nr. 612 672 auf den Namen Dr. Willy Wissmann.
- P. Nr. 612 689 auf den Namen Theodor Hennecke.
- P. Nr. 613 771 auf den Namen Dr. Wilhelm Nolling-Hauff.
- P. Nr. 624 690 auf den Namen Dr. Wilhelm Nolling-Hauff.
- P. Nr. 621 976 auf den Namen Ludwig Arzt.
- P. Nr. 624 311 auf den Namen Walter und Herta Dogs-Perske
- P. Nr. 624 699 auf den Namen Curt Stöze.
- P. Nr. 624 708 auf den Namen Dr. Wolfgang Fischer.
- P. Nr. 712 113 auf den Namen Dr. Wolfgang Fischer.
- P. Nr. 625 959 auf den Namen Horst Drewke.
- P. Nr. 635 920 auf den Namen Heinrich Umland.
- P. Nr. M 220 auf den Namen Franz Wimmer.
- P. Nr. M 455 auf den Namen Dr. Heinrich Wollert.
- P. Nr. 615 635 auf den Namen Dr. Heinz Wollert.
- P. Nr. M 624 auf den Namen Bruno Peukert und Käthe, geb. Böhm
- P. Nr. M 749 auf den Namen Joachim Scheurich.
- P. Nr. M 342 auf den Namen Alfred von Bank.
- P. Nr. M 50 757 auf den Namen Franz Heumüller.
- P. Nr. M 50 827 auf den Namen Franz Heumüller.
- (Die Schweiz) P. Nr. 82 129 auf den Namen Dr. Bruno Müller.
- P. Nr. VA 6 auf den Namen Karl Manecak (nebst Beiblatt).

Die Inhaber werden aufgefordert, sich binnen zwei Monaten bei uns zu melden, andernfalls die Versicherungsscheine hiermit für kraftlos erklärt werden.

Berlin W 15, den 26. Mai 1948.

Basler Lebens-Versicherungs-Gesellschaft, Zweigabteilung Berlin

Gläubigeraufrufe

Die „Hawogs“ Haus-, Wohnungs- und Geländegesellschaft m. b. H., Berlin NW 7, Max-Reinhardt-Straße 18, ist aufgelöst. Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei dem Liquidator, Benedikt Reinhardt, Berlin-Steglitz, Süddendstraße 60 a, zu melden.

Der Liquidator:
Reinhardt

Die Asid-Serum-Institut Ostpreußen G. m. b. H., Berlin W 15, Fasanenstraße 69, ist aufgelöst. Gläubiger der Gesellschaft wollen sich bei dem unterzeichneten Liquidator melden.

Berlin W 15, den 24. Mai 1948.

Der Liquidator:
E. Ohme

Die Überlandkino Ubrich und Wilke Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Berlin N 45, Senzstraße 107, ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei dem unterzeichneten Liquidator zu melden.

Berlin-Pankow, den 20. Mai 1948.

Der Liquidator:
Max Krüger, Gottschalkstraße 1

Berliner Holz-Kontor Aktiengesellschaft

Bilanz zum 31. Dezember 1945

Aktiva

	Stand am 1. Januar 1945 RM	Zugang RM	Abreibungen RM	Abgänge durch Kriegsschäden RM	Bilanzwert am 31. Dezember 1945 RM
I. Anlagevermögen					
1. Grundstücke	507 170,42	—	—	50 302,95	456 867,47
2. Geschäfts- und Wohngebäude	319 487,—	—	764,—	292 322,—	26 401,—
3. Fabrikgebäude und andere Baulichkeiten	67 082,—	—	3,—	43 606,—	23 473,—
4. Maschinen und maschinelle Anlagen	49 975,—	8 085,90	493,—	49 6 8,—	7 949,90
5. Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen	19 418,—	5 567,50	26,—	12 629,50	12 330,—
6. Hauszinssteuerablösung	94 890,—	—	11 860,—	—	83 020,—
	1 058 012,42	13 653,40	13 146,—	448 478,45	610 041,37
II. Umlaufvermögen					
1. Realisierbare Vermögenswerte					
Warenbestände				832 728,95	
Kassenbestand, Bankgiro- und Postscheckguthaben				159 353,62	
Bankguthaben				221 729,91	
Geldwerte Anzahlungen				1 500,—	
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen				78 002,28	
Verschiedene Schuldner				4 855,01	
				1 303 169,77	
2. Eingefrorene Forderungen					
Wertpapiere				10 872,40	
Reichsbankgiro- und Postscheckguthaben				186 505,64	
Bankguthaben				519 489,67	
Kontokorrentforderungen				344 470,09	
				1 061 337,80	
III. Kriegsschäden					
a) angemeldete Forderungen				1 548 291,86	
b) unangemeldete Forderungen				5 581 830,25	
				7 130 122,11	
IV. Posten der Rechnungsabgrenzung					
V. Verlust 1945					
					2 195,31
VI. Eventualforderungen					
				120 000,—	50 679,92
					10 157 540,28

Passiva

	RM	Bilanzwert am 31. Dezember 1945 RM
I. Grundkapital		3 000 000,—
II. Gesetzliche Rücklage		309 149,46
III. Wertberichtigung für Kriegsschäden und eingefrorene Forderungen		
1. Rücklagekonto für Kriegsschäden	3 285 650,26	
2. Sonstige Wertberichtigungen	245 210,75	
		4 031 870,01
IV. Rückstellungen		349 823,76
V. Verbindlichkeiten		
a) Nach dem 3. Mai 1945		
Anzahlungen von Kunden	486,90	
Warenlieferungen und Leistungen	9 386,43	
Verschiedene Gläubiger	27 368,44	
		37 241,77
b) Vor dem 8. Mai 1945		
Hypothekenschulden	66 750,—	
Nicht abgehobene Dividende	1 631,33	
Bankschulden	2 178,05	
Sonstige Verbindlichkeiten	1 210 452,93	
		1 281 012,31
VI. Pensions- und Unterstützungsfonds		639 551,91
VII. Pensions-Zusatzkasse		226 244,78
VIII. Posten der Rechnungsabgrenzung		19 816,31
IX. Gewinnvortrag aus 1944		262 829,97
X. Eventualverbindlichkeiten	120 000,—	
		10 157 540,28

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 1945

Aufwendungen	RM	RM
Löhne und Gehälter		280 133,16
Soziale Abgaben		22 266,06
Zinsen		26 148,09
Ausweispflichtige Steuern		84 209,19
Sonstige Steuern		6 403,18
Abreibungen		
a) auf Anlagen	1 286,—	
b) auf Hauszinssteuerablösung	11 860,—	
		13 146,—
Zuweisung an Wertberichtigung für eingefrorene Forderungen		745 219,75
Gewinnvortrag aus 1944	262 829,97	
Verlust 1945	50 673,92	
		1 389 771,48

Erträge

	RM
Gewinnvortrag aus 1944	262 829,97
Ausweispflichtiger Rohüberschub	376 504,71
Außerordentliche Erträge	750 436,80
	1 390 771,48

Berlin W 15, den 31. Dezember 1946.

Berliner Holz-Kontor Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Nachtigal W 512

Vorstehende Bilanz haben wir geprüft und richtig befunden.

Der Prüfungsausschub des Aufsichtsrates

Vowinkel Postel Dr. Kikab Waltz

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der Gesellschaft sowie der vom Vorstand der Gesellschaft erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung der Jahresabschluss und der Geschäftsbericht soweit er den Jahresabschluss erläutert, den gesetzlichen Vorschriften. Wertansätze, die durch den Kriegsausgang beeinflusst sind, können zur Zeit nicht endgültig beurteilt werden.

Berlin, im November 1947.

Berliner Revisions-Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Steuerberatunsgesellschaft

Schlüter, Wirtschaftsprüfer ppa. Dr. Silbe, Wirtschaftsprüfer

Bilanz per 31. Dezember 1946

Aktiva

	Stand am 1. Januar 1946 RM	Aufbau- kosten RM	Abgang RM	Abshrei- bungen RM	Bilanzwert am 31. Dezember 1946 RM
I. Anlagevermögen					
1. Grundstücke	456 867,47	—	—	—	456 867,47
2. Geschäfts- und Wohngebäude	26 401,—	130,63	—	300,—	26 231,63
3. Fabrikgebäude u. andere Baulichkeiten	23 473,—	110 164,93	330,—	6 500,—	126 807,93
4. Maschinen u. maschinelle Anlagen	7 949,90	87 753,54	800,—	5 300,—	89 603,44
5. Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen	12 330,—	33 691,53	2 300,—	8 400,—	35 321,53
6. Hauszinssteuerablösung	83 020,—	—	—	11 860,—	71 160,—
	610 041,37	231 740,63	3 430,—	32 360,—	805 992,—

II. Umlaufvermögen

1. Realisierbare Vermögenswerte	
Warenbestände	750 338,88
Kassenbestand und Postscheckguthaben	52 185,24
Bankguthaben	99 125,57
Geleistete Anzahlungen	9 091,88
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	101 016,95
Verschiedene Schuldner	171 667,50
	1 183 426,02
2. Eingetragene Forderungen	
Wertpapiere	10 872,40
Reichsbankgiri- und Postscheckguthaben	186 505,94
Bankguthaben	519 489,67
Kontokorrentforderungen	307 911,30
	1 024 779,01
III. Kriegsschäden	
a) angemeldete Forderungen	1 543 291,86
b) unangemeldete Forderungen	5 612 219,67
	7 160 511,53
IV. Posten der Rechnungsabgrenzung	
	36 515,37
V. Verlust 1946	
	49 611,—
VI. Eventualforderungen	
	120 000,—
	10 260 834,93

Passiva

	Bilanzwert am 31. Dezember 1946	
	RM	RM
I. Grundkapital		3 000 000,—
II. Gesetzliche Rücklage		399 149,46
III. Wertberichtigung für Kriegsschäden und eingetragene Forderungen		
1. Rücklage für Kriegsschäden	3 286 659,26	
2. Sonstige Wertberichtigungen	745 219,75	4 031 370,01
IV. Rückstellungen		
		400 377,96
V. Verbindlichkeiten		
a) Nach dem 8. Mai 1945		
Bankschulden	92 053,96	
Anzahlungen von Kunden	27 242,—	
Warenlieferungen und Leistungen	51 029,45	
Verschiedene Gläubiger	11 934,77	182 230,18
b) Vor dem 8. Mai 1945		
Hypothekenschulden	66 750,—	
Nicht abgehobene Dividende	1 631,33	
Bankschulden	2 178,05	
Sonstige Verbindlichkeiten	1 185 623,56	1 256 182,94
VI. Pensions- und Unterstützungslonds		
		529 761,91
VII. Pensions-Zusatzkasse		
		225 944,78
VIII. Posten der Rechnungsabgrenzung		
		13 161,54
IX. Gewinnvortrag aus 1945		
		212 156,05
X. Eventualverbindlichkeiten		
		120 000,—
		10 260 834,93

Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1946

Aufwendungen	
Löhne und Gehälter	202 919,39
Soziale Abgaben	22 537,59
Zinsen	5 146,61
Ausweispflichtige Steuern	44 658,—
Sonstige Steuern	3 891,69
Abschreibungen	
a) auf Anlagen	20 500,—
b) auf Hauszinssteuerablösung	11 860,—
Gewinnvortrag aus 1945	212 156,05
Verlust 1946	49 611,—
	474 058,33
Erträge	
Gewinnvortrag aus 1945	212 156,05
Ausweispflichtiger Rohüberschuß	253 583,04
Außerordentliche Erträge	8 319,24
	474 058,33

Berlin W 15, den 30. November 1947.

Berliner Holz-Kontor Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Nachtigal Wölz

Vorstehende Bilanz haben wir geprüft und richtig befunden.

Der Prüfungsausschuß des Aufsichtsrates

Vowinckel Pestel Dr. Kikath Waltz

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der Gesellschaft sowie der vom Vorstand der Gesellschaft erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buch-

führung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften. Wertansätze, die durch den Kriegsausgang beeinflusst sind, können zur Zeit nicht endgültig beurteilt werden.

Berlin, im November 1947.

Berliner Revisions-Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Schlüter, Wirtschaftsprüfer ppa. Dr. Silbe, Wirtschaftsprüfer

Der in der Hauptversammlung vom 18. Februar 1948 gewählte Aufsichtsrat besteht aus den Herren:

Albert Vowinckel, Vorsitzender, Berlin-Nikolassee, zur Zeit Schnell-

dorf (Mittelranken).

Richard E. Pestel, Berlin-Wilmersdorf, erster stellvertretender Vor-

sitzer.

Dr. Carl Kikath, Berlin, zweiter stellvertretender Vorsitzender.

Alfred Prächtel, Berlin-Grunewald, zur Zeit Schönberg im Taunus,

Hugo Waltz, Berlin-Schlachtensee.

Berliner Holz-Kontor Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Phönix-Aktiengesellschaft für Zahnbedarf

Bilanz per 31. Dezember 1946

Aktiva

I. Anlagevermögen	RM	RM
1. Geschäftsausstattung		
Stand am 1. Januar 1946	4,—	
Zugang 1946	6 095,50	
	6 099,50	
Abschreibung 1946	6 094,50	5,—
II. Umlaufvermögen		
1. Waren	291 192,66	
2. Von der Gesellschaft geleistete Anzahlung	3 965,56	
3. Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	71 376,90	
4. Schecks	2 811,—	
5. Kassenbestand und Postscheckguthaben	51 601,15	
6. Bankguthaben	41 541,14	
7. Sonstige Forderungen	64 791,24	527 279,65
III. Kriegsausgleichs-Konto		
		1 327 545,50
IV. Verlust		
Vortrag 1944	218 973,69	
Vortrag 1945	77 226,09	
	296 199,78	
Gewinn 1946	23 436,96	272 752,82
		2 127 542,97

Passiva

I. Grundkapital		600 000,—
II. Rücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage	60 000,—	
2. Rücklage für Ersatzbeschaffung	143 365,53	203 365,53
III. Rückstellungen		
		123 529,25
IV. Wertberichtigungen		
		931 445,11
V. Verbindlichkeiten		
1. Anzahlung von Kunden	14 074,08	
2. Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	63 392,16	
3. Verbindlichkeiten gegenüber befreundeten Unternehmen	50 561,50	
4. Sonstige Verbindlichkeiten	141 207,34	269 235,08
		2 127 542,97

Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1946

Aufwendungen	
1. Löhne und Gehälter	155 076,91
2. Soziale Abgaben	9 574,72
3. Abschreibungen auf das Anlagevermögen	6 094,50
4. Andere Abschreibungen	16 576,86
5. Zinsaufwendungen	3 292,51
6. Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen	65 350,63
7. Beiträge zu Berufsvertretungen	16,40
8. Außerordentliche Aufwendungen	69 762,83
9. Gewinn	23 446,96
	349 365,32
Erträge	
1. Jahresertrag gemäß § 132 II 1	344 513,99
2. Außerordentliche Erträge	4 851,33
	349 365,32

Berlin, im August 1947.

Phönix Aktiengesellschaft für Zahnbedarf

Der Vorstand

Nach dem abschließenden Ergebnis meiner pflichtgemäßen Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der Gesellschaft sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften. Wertansätze, welche durch den Kriegsausgang beeinflusst sind, können nicht endgültig beurteilt werden.

Berlin, im August 1947.

A. Möllers, Wirtschaftsprüfer

Handelsgesellschaft für Grundbesitz, Berlin-Charlottenburg

Bilanz zum 31. Dezember 1944

Aktiva	Stand am 1. 1. 1944 RM	+ Zugang J. Abgang RM	Stand am 31. 12. 1944 RM
I. Anlagevermögen			
1. Grundstücke			
a) unbebaute Grundstücke	164 209,91	—,—	164 209,91
b) bebaute Grundstücke	944 178,57	—,—	944 178,57
2. Büroeinrichtung und Werkzeuge	1,—	—,—	1,—
	<u>1 108 389,48</u>	<u>—,—</u>	<u>1 108 389,48</u>
II. Umlaufvermögen			
1. Wertpapiere		127 125,—	
2. Eigene Aktien (nom. 104 600,— RM)		31 380,—	
3. Hypothekenforderungen		919 500,—	
4. Kasse		1 597,91	
5. Postscheckguthaben		43 843,01	
6. Bankguthaben		176 241,10	
7. Miet- und Pachtguthaben		6 689,69	
8. Sonstige Forderungen		30 234,—	1 336 610,71
III. Hauszinssteuerabgeltung			
Stand 1. Januar 1944		101 340,—	
J. Abschreibung		21 260,—	170 080,—
IV. Forderungen aus Kriegsschäden			
1. Kriegsschaden I		6 141,67	
2. Kriegsnutzungsschaden		19 148,52	
3. Kriegsschaden II		1,—	25 291,19
V. Verlust			
Verlustvortrag aus 1943		70 521,48	
J. Gewinn 1944		42 449,49	28 071,99
			<u>2 668 443,37</u>
Passiva			
I. Grundkapital		RM	RM
II. Rücklage für Ersatzbeschaffung			1,—
III. Wertberichtigungen			
1. für bebaute Grundstücke			
Stand 1. Januar 1944		265 113,—	
+ Abschreibungen 1944		32 496,—	297 609,—
2. für Forderungen			11 734,84
IV. Rückstellungen für ungewisse Schulden			
1. für Hypothekenzinsen		17 438,55	
2. für sonstige ungewisse Schulden		39 029,19	56 467,74
V. Verbindlichkeiten			
1. Anleihe von 1908		2 550,—	
2. Hypothekenschulden		1 115 950,—	
3. Mietvorauszahlungen		3 218,86	
4. Sonstige Schulden		134 652,69	1 266 371,55
VI. Rechnungsabgrenzungsposten			
			11 675,74
			<u>2 668 443,37</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1944

Aufwendungen	RM	RM
1. Löhne und Gehälter	35 088,50	
2. Soziale Abgaben	1 367,41	
3. Abschreibungen	42 924,—	
4. Zinsmehraufwand	4 589,34	
5. Ausweispflichtige Steuern	97 703,93	
6. Außerordentliche Aufwendungen	1 100,—	
7. Verlustvortrag aus 1943	70 521,48	
	<u>253 294,66</u>	
Erträge		
1. Ausweispflichtiger Rohüberschuß	RM	RM
2. Außerordentliche Erträge		218 190,67
3. Verlust		7 042,—
Verlust-Vortrag aus 1943	70 521,48	
J. Gewinn 1944	42 449,49	28 071,99
		<u>253 294,66</u>

Nach dem abschließenden Ergebnis meiner pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der Gesellschaft sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften.

Ernst Lüchau, Wirtschaftsprüfer

Berlin, im Juli 1947.

Handelsgesellschaft für Grundbesitz

Der Vorstand:
H. Thienhaus

Bilanz zum 31. Dezember 1945

Aktiva	Stand am 1. 1. 1945 RM	+ Zugang J. Abgang RM	Stand am 31. 12. 1945 RM
I. Anlagevermögen			
1. Grundstücke			
a) unbebaute Grundstücke	164 209,91	—,—	164 209,91
b) bebaute Grundstücke	944 178,57	—,—	944 178,57
2. Büroeinrichtung und Werkzeuge	1,—	—,—	1,—
	<u>1 108 389,48</u>	<u>—,—</u>	<u>1 108 389,48</u>

II. Umlaufvermögen

1. Wertpapiere		—,—	
2. Eigene Aktien		31 380,—	
3. Hypothekenforderungen		22 500,—	
4. Kasse		453,30	
5. Postscheckguthaben		22 107,38	
6. Bankguthaben		20 100,—	
7. Miet- und Pachtforderungen	17 123,58		
dgl. f. beschlagnahmte Wohnungen	35 545,68		52 669,26
8. Sonstige Forderungen		211 116,49	360 326,43
III. Hauszinssteuerabgeltung			
Stand 1. Januar 1945		170 080,—	
J. Abschreibung		21 260,—	148 820,—
IV. Wertausgleichsposten			
1. Hypothekenforderungen		897 000,—	
2. Kriegsschaden I		10 463,23	
3. Kriegsnutzungsschaden		25 750,35	
4. Kriegsschaden II		1,—	
5. Postscheckguthaben, gesperrt		22 032,18	
6. Bankguthaben, gesperrt		223 285,73	
7. Sonstige Forderungen		189,30	1 178 721,79
V. Verlust			
Verlustvortrag 1944		28 071,99	
J. Gewinn 1945		2 145,56	25 926,43
			<u>2 822 184,13</u>

Passiva

	RM	RM
I. Grundkapital		1 260 000,—
II. Rücklage für Ersatzbeschaffung		1,—
III. Wertberichtigungen		
1. für bebaute Grundstücke		
Stand 1. Januar 1945	265 113,—	
+ Abschreibungen 1945	32 496,—	297 609,—
2. für Forderungen		11 734,84
IV. Rückstellungen für ungewisse Schulden		
1. für Hypothekenzinsen	17 438,55	
2. für sonstige ungewisse Schulden	39 029,19	56 467,74
V. Verbindlichkeiten		
1. Anleihe von 1908	2 550,—	
2. Hypothekenschulden	1 115 950,—	
3. Mietvorauszahlungen	3 218,86	
4. Sonstige Schulden	134 652,69	1 266 371,55
		<u>2 822 184,13</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1945

Aufwendungen	RM	RM
1. Löhne und Gehälter	32 745,01	
2. Soziale Abgaben	1 718,76	
3. Abschreibungen	53 756,—	
4. Zinsmehraufwand	17 078,29	
5. Ausweispflichtige Steuern	66 540,02	
6. Verlustvortrag aus 1944	28 071,99	
	<u>199 910,07</u>	
Erträge		
1. Ausweispflichtiger Rohüberschuß	RM	RM
2. Außerordentliche Erträge		169 564,74
3. Verlust		4 418,90
Verlust-Vortrag aus 1944	28 071,99	
J. Gewinn 1945	2 145,56	25 926,43
		<u>199 910,07</u>

Nach dem abschließenden Ergebnis meiner pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der Gesellschaft sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften. Wertansätze, soweit sie durch den Kriegsausgang beeinflusst sind, können nicht endgültig beurteilt werden.

Lüchau, Wirtschaftsprüfer

Berlin, im Juli 1947.

Handelsgesellschaft für Grundbesitz

Der Vorstand:
H. Thienhaus

Bilanz zum 31. Dezember 1946

Aktiva	Stand am 1. 1. 1946 RM	Zugang RM	Stand am 31. 12. 1946 RM
I. Anlagevermögen			
1. Grundstücke			
a) unbebaute Grundstücke	164 209,91	—,—	164 209,91
b) bebaute Grundstücke	944 178,57	—,—	944 178,57
2. Büroeinrichtung und Werkzeuge	1,—	—,—	1,—
3. Aktivierte Großreparaturen	—,—	120 000,—	120 000,—
4. Baustoffe	—,—	20 035,60	20 035,60
	<u>1 108 389,48</u>	<u>140 035,60</u>	<u>1 248 425,08</u>

II. Umlaufvermögen			
1. Wertpapiere	—	—	—
2. Eigene Aktien (nom. 104 500 — RM)	31 380,—	—	—
3. Hypothekenforderungen	22 500,—	—	—
4. Kasse	461,25	—	—
5. Postscheckguthaben	1 422,59	—	—
6. Bankguthaben	6 378,37	—	—
7. Miet- und Pachtforderungen	6 810,60	—	—
8. Sonstige Forderungen	192 871,40	266 254,21	—
III. Vermögenssteuerverbindlichkeiten			
Stand 1. Januar 1946	148 890,—	—	—
Abreibung	21 260,—	—	127 560,—
IV. Wertausgleichsposten			
1. Hypothekenforderungen	897 030,—	—	—
2. Kriegssachschäden I	10 493,23	—	—
3. Kriegsausstattungsschäden	25 750,35	—	—
4. Kriegssachschäden II	1,—	—	—
5. Postscheckguthaben gesperrt	22 032,18	—	—
6. Bankguthaben gesperrt	224 285,73	—	—
7. Sonstige Forderungen	189,30	1 178 721,76	—
V. Verlust			
Verlustvortrag 1945	25 325,43	—	—
Verlust 1946	49 720,12	—	125 646,55
			2 946 607,63

Passive			
I. Grundkapital	RM	RM	1 200 000,—
II. Rücklage für Ersatzbeschaffung	—	—	1,—
III. Wertberichtigungen			
1. für bebaute Grundstücke	—	—	—
Stand 1. Januar 1946	297 509,—	—	330 105,—
Abreibungen 1946	42 496,—	—	—
2. für Forderungen	—	—	11 734,84
IV. Rückstellungen für ungewisse Schulden			
1. für Hypothekenzinsen	56 674,60	—	—
2. für Steuern	35 425,—	—	92 499,60
V. Verbindlichkeiten			
1. Anleihe von 1908	—	2 550,—	—
2. Hypothekenschulden	—	1 115 950,—	—
3. Mietvorauszahlungen	—	—	432,20
4. Sonstige Schulden	—	192 871,40	1 312 267,19
			2 946 607,63

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1946

Aufwendungen			
1. Löhne und Gehälter	—	RM	32 568,09
2. Soziale Abgaben	—	—	3 064,29
3. Abschreibungen	—	—	53 756,—
4. Zinsaufwand	—	—	35 574,57
5. Ausweispflichtige Steuern	—	—	78 808,78
6. Verlustvortrag aus 1945	—	—	25 926,43
			229 718,16
Erträge			
1. Ausweispflichtiger Rohüberschuß	—	RM	104 071,61
2. Außerordentliche Erträge	—	—	—
3. Verlust	—	—	—
Verlustvortrag aus 1945	—	—	25 926,43
Verlust 1946	—	—	99 720,12
			229 718,16

Der Aufsichtsrat besteht aus den Herren:

1. Rechtsanwalt Dr. Sally Engelbert, Berlin, Vorsitz
2. Dipl.-Ing. Gerhard Siegmann, stellvertretender Vorsitz
3. Dr. Edmund Weibler, Berlin
4. Dr. Erich Hirschberg, Berlin

Handelsgesellschaft für Grundbesitz

Der Vorstand:

A. Siegmann H. Thienhaus

Nach dem abschließenden Ergebnis meiner pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und Schriften der Gesellschaft sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung der Jahresabschluss und der Geschäftsbericht soweit er den Jahresabschluss erläutert, den gesetzlichen Vorschriften Wertansätze soweit sie durch den Kriegsausgang beeinflusst sind können nicht endgültig beurteilt werden.

Ernst Löbmann, Wirtschaftsprüfer

Berlin, im Juli 1947.

Handelsgesellschaft für Grundbesitz

Der Vorstand:

A. Siegmann H. Thienhaus

ROTOPIHOT

Aktiengesellschaft für graphische Industrie

Jahresabschluss zum 31. Dezember 1946

Aktive			
I. Anlagevermögen			
1. Maschinen und maschinelle Anlagen	—	RM	RM
Bestand am 1. Januar 1946	250 000,—	—	—
Zugang	—	—	46 472,48
Abgang	—	—	126 906,61
			169 565,87
Abreibung	—	—	16 565,87
2. Einrichtungsgegenstände	—	—	1,—
3. Patente	—	—	1,—
4. Beteiligungen	—	—	2,—
II. Umlaufvermögen			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	—	—	1 725,60
2. Halbfertige Erzeugnisse	—	—	1 540,—
3. Von der Gesellschaft geleistete Anzahlungen	—	—	9 000,—
4. Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	—	—	92 320,47
5. Kassenbestand	—	—	5 162,16
6. Postscheckguthaben	—	—	4 475,38
7. Bankguthaben	—	—	734 960,32
8. Sonstige Forderungen	—	—	1 421 603,50
			2 270 727,43
III. Verlustvortrag aus 1945			
	—	—	32 704,49
Jahresverlust 1946	—	—	4 534,12
			2 460 970,24
Passive			
I. Grundkapital			
II. Wertberichtigung zum Umlaufvermögen	—	—	1 835 157,67
III. Rückstellungen			
IV. Verbindlichkeiten	—	—	131 792,15
1. Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	—	—	45 795,78
2. Sonstige Verbindlichkeiten	—	—	47 618,54
V. Rechnungsabgrenzung			
	—	—	386,—
			2 460 970,24

Gewinn- und Verlustrechnung am 31. Dezember 1946

Aufwendungen			
Löhne und Gehälter	—	RM	102 880,54
Gesetzliche soziale Abgaben	—	—	8 525,73
Freiwillige soziale Abgaben	—	—	4 815,—
Abschreibungen auf Anlagen	—	—	15 565,87
Zinsen	—	—	1 879,57
Ausweispflichtige Steuern	—	—	10 513,15
Beiträge an Berufsvertretungen	—	—	356,—
Alle übrigen Aufwendungen	—	—	64 827,11
Verlustvortrag aus 1945	—	—	32 704,49
			242 837,46
Erträge			
Ertrag nach Abzug der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	—	—	187 905,26
Außerordentliche Erträge	—	—	17 693,39
Verlustvortrag aus 1945	—	—	32 704,49
Jahresverlust 1946	—	—	4 534,12
			242 837,46

Nach dem abschließenden Ergebnis meiner pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und Schriften der Gesellschaft sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung der Jahresabschluss und der Geschäftsbericht soweit er den Jahresabschluss erläutert, den gesetzlichen Vorschriften Wertansätze soweit sie durch den Kriegsausgang beeinflusst sind, können nicht endgültig beurteilt werden.

Berlin, den 31. Mai 1947.

Richard Pöllmer, Wirtschaftsprüfer

Der Aufsichtsrat unserer Gesellschaft besteht aus folgenden Herren: Direktor Paul Spetbmann, Berlin, Vorsitz, Generaldirektor Willy Schöbke, Berlin, stellv. Vorsitz, Rechtsanwalt Rolf Glädebeck, Hamburg, Fabrikbesitzer Walter Hartmann, Halle an der Saale, Dr. jur. Julius Mattill, Halle an der Saale.

Der Vorstand:

Alfred Peqlow, Rudolf Wendt

Druckfehlerberichtigung

zur Bilanz der Gas- und Kraftwerke Aktiengesellschaft

In der Veröffentlichung der Bilanz für das Geschäftsjahr 1944/1945 (VOBl. 1948, S. 254/265) sind folgende Druckfehler unterlaufen:

Unter 5) Umlaufvermögen ist die 2. Posten richtig auf 17 693,39 RM, dieser Betrag muß in der 4. Spalte erscheinen. In dem Prüfungsvermerk sind die Werte für 1943 zu streichen. Der Wirtschaftsprüfer heißt richtig Nicklisch.

Die Schriftleitung.